

Prof. Dr. Carsten Stahmer¹⁾

Organisatorischer Neuanfang und erste Berechnungen

Frühgeschichte der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen in Westdeutschland

Der vierte Band der von Dr. Klaus Voy herausgegebenen Reihe „Kategorien der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen“ war in den Kurznachrichten der Ausgabe 11/2009 dieser Zeitschrift bereits kurz vorgestellt worden (S. 1053 f.). Er gibt einen Überblick über die Geschichte der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen in den deutschsprachigen Ländern nach dem Zweiten Weltkrieg. Bei den Autoren der in diesem Band enthaltenen Beiträge handelt es sich um Fachleute der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen aus Statistischen Ämtern, Zentralbanken, Universitäten und Forschungsinstituten. So war der Autor des im Folgenden abgedruckten Beitrags „Organisatorischer Neuanfang und erste Berechnungen“, Prof. Dr. Carsten Stahmer, lange Jahre in führender Position im Bereich Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen des Statistischen Bundesamtes tätig. Wie bei Gastbeiträgen in „Wirtschaft und Statistik“ üblich, zeichnet für die in diesem Beitrag getroffenen Aussagen allein der Autor verantwortlich.

Dem Metropolis-Verlag für Ökonomie, Gesellschaft und Politik GmbH, Marburg, danken wir für die freundliche Genehmigung zum Nachdruck.

Im Folgenden wird ein Überblick gegeben über die Anfänge der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen in den ersten Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg. Schwerpunkt der Darstellung ist der Neuaufbau von statistischen Ämtern in den westlichen Besatzungszonen und die ersten konzeptionellen Überlegungen und Berechnungen des Statistischen Amtes des Vereinigten Wirtschaftsgebietes im Jahr 1949. Dieses

Die turbulenten Jahre des Aufbaus unter schwierigsten wirtschaftlichen Voraussetzungen waren neben aller sachlichen Arbeit in starkem Maße organisatorischen Problemen gewidmet. Sie verdienten mit allen ihren Zwischenfällen und Schachzügen durchaus eine eigene Geschichtsschreibung.

Hildegard Bartels²⁾

1948 eingerichtete Amt war zunächst nur für die amerikanische und britische, später auch für die französische Besatzungszone zuständig. Es war der Vorläufer des 1950 gegründeten Statistischen Bundesamtes. Einbezogen werden auch erste Aktivitäten der Bank Deutscher Länder Frankfurt am Main, des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung Berlin und des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften Köln auf dem Gebiet der Gesamtrechnungen. Über die Anfänge der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen in der sowjetischen Besatzungszone berichtet Udo Ludwig in seinem Beitrag zu diesem Band.*)

Organisatorischer Neuanfang in Berlin

Das Statistische Reichsamtsamt in Berlin hatte sich in der Endphase des Zweiten Weltkrieges als Behörde des Reiches selbst faktisch aufgelöst. Das Hauptgebäude in der Neuen Königstraße war völlig zerstört. „Nur der Sitz der industri-

1) Der Autor dankt vor allem Klaus Voy für wertvolle Anregungen und viele Literaturhinweise. Sein Dank gilt auch Kerstin Schenke und Kerstin Oldenhege vom Bundesarchiv, Koblenz, Klaus Mertsching vom Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn, und Rolf Herget und seinem Team vom Historischen Archiv der Deutschen Bundesbank, Frankfurt am Main, für ihre hilfreiche Unterstützung seiner Archiv-Recherchen.

2) Bartels, H.: „Gerhard Fürst – Mensch und Werk“ in Allgemeines Statistisches Archiv, Bd. 51, 1967, S. 157 ff., hier: S. 160.

*) Siehe Ludwig, U.: „Volkswirtschaftliche Bilanzen in SBZ und DDR“ in Kategorien der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, Band 4 „Zur Geschichte der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen nach 1945“, Marburg 2009, hier: S. 441 ff. (Ergänzung der Redaktion).

ellen Produktionsstatistik Klosterstraße 80/85 schien noch einigermaßen erhalten zu sein. Und dahin siedelte denn auch allmählich um, was an Menschen und Material des ehemaligen Reichsamts den Zusammenbruch überstanden hatte... Die willkürliche Zerteilung Berlins in vier Sektoren führte dazu, dass die Reste des Reichsamts in der Klosterstraße im russischen Sektor verblieben und damit im Machtbereich der sowjetischen Militäradministration, die sogleich großes Interesse an der Neuorganisation einer amtlichen Statistik zeigte.“³⁾ Bereits im Oktober 1945 wurde hier die „Deutsche Zentralverwaltung für Statistik in der sowjetischen Besatzungszone“ eingerichtet.⁴⁾

Einige in Berlin verbliebene ehemalige Mitarbeiter/-innen des Statistischen Reichsamtes wechselten in das neu gegründete Amt für Statistik der Stadt Berlin (ab 1946: Groß-Berlin) über, das in der Kaiser-Wilhelm-Straße, später Liebknechtstraße, etwa gegenüber der Marienkirche untergebracht war.⁵⁾ Andere Mitarbeiter/-innen waren im Krieg in verschiedenen Außenstellen in Westdeutschland tätig gewesen. Sie fanden in den bald gegründeten statistischen Ämtern der westlichen Besatzungszonen neue Arbeitsmöglichkeiten.

Vor einem völligen Neuanfang stand auch das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung: „Das Haus in der Fasanenstraße war schon im Herbst 1944 durch Bomben und Brand zerstört, die Archive und die Bibliothek befanden sich in Mecklenburg, wohin man geglaubt hatte, sie in Sicherheit bringen zu können, und wo sie dann in der Folgezeit endgültig verloren gegangen sind. Eine deutsche Wirtschaft, die es zu beobachten und zu analysieren gelten könnte, gab es nicht.“⁶⁾ Im September 1945 zog das Institut – nach einem kurzen Zwischenspiel in der Gosslerstraße – in die Cecilienallee nach Berlin-Dahlem, langsam konnten die wissenschaftlichen Arbeiten wieder anlaufen.⁷⁾ In der zweiten Jahreshälfte 1947 erschien erstmalig eine Institutsarbeit in gedruckter Form, und zwar über „Die deutsche Wirtschaft zwei Jahre nach dem Zusammenbruch“⁸⁾.

Dieser Band enthält auch einen Beitrag von Ferdinand Grünig über „Die Wirtschaftstätigkeit nach dem Zusammenbruch im Vergleich zur Vorkriegszeit“⁹⁾. Ferdinand Grünig

hatte sich bereits seit Beginn der 1930er-Jahre mit Darstellungen des Wirtschaftskreislaufs beschäftigt. Im Krieg war er Leiter der Abteilung für Zentrale Wirtschaftsbeobachtung der Reichswirtschaftskammer und nahm intensiv an den damaligen Diskussionen über geeignete Formen der Wirtschaftsplanung teil.¹⁰⁾ Im Juli 1945 begann er seine Tätigkeit als Abteilungsleiter im Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung.¹¹⁾

Grünig wies in seinem Aufsatz von 1947 einleitend auf die großen Schwierigkeiten hin, kurz nach Kriegsende wieder zu statistischen Aussagen zu kommen: „Gebietsveränderungen, Krieg und Zusammenbruch haben die kontinuierliche Berichterstattung unterbrochen. Die Bemühungen der letzten Jahre, einen über ganz Deutschland sich erstreckenden einheitlichen statistischen Dienst wieder aufzubauen, sind bis heute in den ersten Anfängen stecken geblieben... Unter diesen Umständen sind Feststellungen über die gesamte deutsche Wirtschaftsentwicklung sehr erschwert.“¹²⁾ Trotzdem versuchte Grünig, zumindest für Bevölkerung, Erwerbstätigkeit, volkswirtschaftliche Umsätze und auch für das Sozialprodukt der Jahre 1929 bis 1946 Größenordnungen zu schätzen.

Detailliertere Informationen über die Vor- und Nachkriegszeit gibt sein Beitrag „Volkswirtschaftliche Bilanzen 1936 und 1947“, den er ein Jahr später veröffentlichte.¹³⁾ Der Aufsatz enthält für das „Altreich“ Aufgliederungen der Arbeitskräfte und der Wertschöpfung 1936 nach Wirtschaftsbeirichen sowie eine Zuordnung der Wertschöpfung nach Kategorien der letzten Verwendung. Diese Zuordnung konnte Grünig nur sehr behelfsmäßig schätzen. Erst mithilfe von modellmäßigen Auswertungen von Input-Output-Tabellen, deren Konzepte damals in Deutschland noch fast unbekannt waren, konnten sie später methodisch sauber bewerkstelligt werden.¹⁴⁾ Mit seinen Überlegungen zur wirtschaftlichen Verflechtung („Schachbrettprinzip“) kann Grünig aber als ein Pionier auf diesem Gebiet angesehen werden.¹⁵⁾

In stärker aggregierter Form stellte Grünig auch volkswirtschaftliche Bilanzen für das Berichtsjahr 1947 für die verschiedenen Gebiete des Nachkriegsdeutschlands (Bizone,

3) Kaiser, L.: „Kleine Chronik des Statistischen Bundesamtes“, Festschrift, hrsg. vom Statistischen Bundesamt, Wiesbaden 1956, hier: S. 35.
 4) Siehe hierzu den Beitrag von Ludwig, U., Fußnote *. Siehe auch die Vorbemerkung von Gleitze, B.: „75 Jahre Statistisches Reichsamt, 2 Jahre Statistisches Zentralamt, 1 Jahr Statistische Praxis“ in Statistische Praxis, Heft 10, 1947.
 5) Siehe Voy, K./Haseloff, T.: „Ein kurzer Überblick zur Organisationsgeschichte der amtlichen Statistik in der Region Berlin und Brandenburg“ in Zeitschrift für amtliche Statistik Berlin Brandenburg, Heft 5/2008, S. 22 ff., hier: S. 24.
 6) Friedensburg, F.: „Festansprache“ in Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (Hrsg.), Wirtschaftsforschung und Wirtschaftsführung – Festgabe für Ferdinand Friedensburg, Berlin 1956, S. 2 ff., hier: S. 4. Siehe auch Kregel, R.: „Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (Institut für Konjunkturforschung) 1925 bis 1979“, DIW Berlin 1985, hier: S. 73 f.
 7) Siehe Kregel, R., Fußnote 6, hier: S. 80 f.
 8) Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (Institut für Konjunkturforschung) (Hrsg.): „Die deutsche Wirtschaft zwei Jahre nach dem Zusammenbruch – Tatsachen und Probleme“, Berlin 1947.
 9) Grünig, F.: „Die Wirtschaftstätigkeit nach dem Zusammenbruch im Vergleich zur Vorkriegszeit – Statistischer Bericht“ in Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (Hrsg.): „Die deutsche Wirtschaft zwei Jahre nach dem Zusammenbruch – Tatsachen und Probleme“, Berlin 1947, hier: S. 49 ff.
 10) Siehe Brackmann, M.: „Vom totalen Krieg zum Wirtschaftswunder – Die Vorgeschichte der westdeutschen Währungsreform 1948“, Essen 1993, hier: Kapitel 3. Siehe auch Grünig, F.: „Die Anfänge der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen in Deutschland“ in Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Beiträge zur empirischen Konjunkturforschung – Festschrift zum 25jährigen Bestehen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, Berlin 1951, S. 71 ff., hier: S. 88 bis 93.
 11) Siehe Kregel, R., Fußnote 6, hier: S. 81 f.
 12) Grünig, F., Fußnote 9, hier: S. 49.
 13) Siehe Grünig, F.: „Volkswirtschaftliche Bilanzen 1936 und 1947 – Ein Beitrag zur Analyse der Wirtschaftslage“ in Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (Hrsg.), „Vierteljahresshefte zur Wirtschaftsforschung“, Jahrgang 1948, Erstes Heft, S. 5 ff.
 14) Erste Ansätze zur Berechnung von Input-Output-Tabellen bestanden allerdings bereits Mitte der 1930er-Jahre im Statistischen Reichsamt [siehe hierzu den Beitrag von Stäglin, R.: „Zur Entstehungsgeschichte von Input-Output-Tabellen in Westdeutschland“, Kategorien der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, Band 4, Marburg 2009, hier: S. 305 ff. (Ergänzung der Redaktion), und Toose, J. A.: „Statistics and the German State 1900 – 1945 – The Making of Modern Economic Knowledge“, Cambridge Studies in Modern Economic History, Vol. 9, Cambridge 2001, S. 202 ff.].
 15) Siehe Wagenführ, R.: „Die ‚Volkswirtschaftliche Bilanz‘ (III): Das ‚Schachbrett‘“ in Mitteilungen des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften, Heft 2/1952, S. 39 ff.

französische Zone, Sowjetzone, Berlin) auf. Hierbei konnte es sich natürlich nur um sehr grobe Schätzungen handeln, die aber zumindest einige Größenvorstellungen vermitteln konnten.

Neuorganisation der Statistik in den westlichen Besatzungszonen

In den drei westlichen Besatzungszonen fand der Wiederaufbau der statistischen Ämter auf sehr unterschiedliche Weise statt. In der britischen Besatzungszone wurden bereits seit Mai 1945 in Hamburg und seit März 1946 in Minden statistische Stellen eingerichtet.¹⁶⁾ Im Juli 1946 wurden sie zum Statistischen Amt für die Britische Besatzungszone zusammengefasst.¹⁷⁾ „In der britischen Zone bestanden bei Kriegsende im wesentlichen nur die Statistischen Landesämter für Hamburg und das damals noch zu ihr gehörende Bremen. Für die kleineren Statistischen Landesämter von Oldenburg, Lippe und Braunschweig und alle früher preußischen Gebiete lagen die Funktionen der Landesstatistik in Berlin beim Statistischen Reichsamt. Die Provinzialämter waren Einrichtungen der Selbstverwaltung, die außerhalb der Landesstatistik standen. Die später neu gebildeten Länder Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen konnten sich daher beim Aufbau ihrer statistischen Verwaltung kaum auf vorhandene Organisationen stützen. Die jetzt bestehenden Statistischen Landesämter dieser drei Länder mussten nahezu aus dem Nichts geschaffen werden. Der Mangel an technischen Einrichtungen, an statistischen Veröffentlichungen und an geschulten Kräften stellte die jungen Ämter vor schwer zu bewältigende Aufgaben. Ein erheblicher Teil der statistischen Arbeit lag allerdings beim Statistischen Amt für die Britische Besatzungszone, das die Führung der Statistik und zunächst alle früheren Reichsamtstatistiken übernahm.“¹⁸⁾

Seit Gründung des statistischen Amtes der britischen Besatzungszone im Juli 1946 leitete Dr. Rolf Wagenführ die Hauptabteilung C des britischen Amtes: „Bei dieser Hauptabteilung fließen sämtliche statistischen Ergebnisse des Amtes zusammen. Sie hat die anfallenden Statistiken zu straffen, in Beziehung zu setzen, zu analysieren, um ein Gesamtbild der wirtschaftlichen und sozialen Lage zu geben.“¹⁹⁾ Wagenführ war seit den 1930er-Jahren Leiter der Industrieabteilung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung in Berlin gewesen und hatte gegen Kriegsende auch die Insti-

tutsleitung wahrgenommen.²⁰⁾ Im Statistischen Amt der britischen Besatzungszone wurde Wagenführ nach zwei Jahren Abteilungsleitertätigkeit ab Juli 1948 auch mit der Amtsleitung betraut.²¹⁾

In der amerikanischen Zone gab es bereits eine längere Tradition von statistischen Landesämtern, die von den amerikanischen Besatzungsmächten neu belebt werden konnte: „In der amerikanischen Zone hatte sich die Organisation der Statistischen Landesämter von Bayern, Württemberg und Baden über den Krieg gerettet; aber auch hier waren die Ämter ausgebombt und hatten viel Personal verloren. Im Lande Hessen, dessen Gebiet sich größtenteils aus ehemals preußischen Provinzen zusammensetzte, während wichtige Teile des alten Freistaates Hessen jenseits des Rheines lagen, musste das Statistische Landesamt vollständig neu organisiert werden. Einem beim Länderrat der amerikanischen Zone gebildeten kollegialen Statistischen Ausschuss, der aus den Leitern der Landesämter bestand, wurde die Koordinierung der Statistik der Länder Bayern, Württemberg/Baden und Hessen, zu denen später Bremen trat, übertragen. Dabei übernahm jedes der Länder für einen Teil der Statistik die Vorbereitung der Koordinierungsarbeiten.“²²⁾

Das Statistische Landesamt für das neue „Großhessen“ nahm im Januar 1946 seine Arbeit auf. Sein erster Direktor wurde Dr. Gerhard Fürst. Gerhard Fürst hatte bis 1930 im Statistischen Reichsamt Berlin gearbeitet. Von 1930 bis 1939 war er als Sekretär des „Ausschusses Statistischer Sachverständiger“ beim Völkerbund in Genf und dann anschließend bis zum Kriegsende in der volkswirtschaftlichen Abteilung der I.G. Farben Industrie tätig gewesen.²³⁾ Eine seiner ersten Mitarbeiterinnen war Frau Dr. Hildegard Bartels, die im Krieg als wissenschaftliche Assistentin an der Friedrich-Wilhelm-Universität Berlin gearbeitet und dort auch im November 1944 promoviert hatte.²⁴⁾ Sie wurde zunächst als wissenschaftliche Mitarbeiterin eingestellt, ab 1947 war sie als Leiterin der neu eingerichteten Abteilung „Steuer- und Finanzstatistik“ tätig.²⁵⁾ Fürst übernahm auch den Vorsitz des Statistischen Ausschusses der amerikanischen Besatzungszone in Stuttgart, Protokollführerin wurde Hildegard Bartels.²⁶⁾

Mit Wirkung vom 1. Januar 1947 wurde die „Bizone“ gegründet, ein Zusammenschluss der amerikanischen und britischen Besatzungszone.²⁷⁾ Für die Koordinierung der statistischen Arbeiten beider Zonen wurde schließlich im Januar 1948 das Statistische Amt des Vereinigten Wirtschaftsgebietes

16) Siehe Vogel, W.: „Westdeutschland 1945 - 1950. Der Aufbau von Verfassungs- und Verwaltungseinrichtungen über den Ländern der drei westlichen Besatzungszonen/Einzelne Verwaltungszweige: Wirtschaft, Marshallplan, Statistik“, Schriften des Bundesarchivs II, Boppard am Rhein 1964, S. 307 ff.

17) Siehe Bundesarchiv Z 8, 1334 (Schreiben von Dr. Keiser vom 1. Oktober 1946 mit dem Organisationsplan des Amtes als Anlage).

18) Statistisches Amt des Vereinigten Wirtschaftsgebietes (Hrsg.): „Aufbau – Aufgabengebiet Tätigkeitsbericht 1948“, Wiesbaden 1949, hier: S. 12.

19) Bundesarchiv Z 8, 1334, Fußnote 17, hier: Organisationsplan S. 1 f.

20) Siehe Krenzel, R., Fußnote 6, hier: S. 45, 67 bis 72 und S. 74. „Vom Herbst 1943 an arbeitete die gesamte Industrieabteilung so gut wie ausschließlich für das Rüstungsministerium“ (S. 67). Zu Wagenführs Tätigkeit im Krieg siehe auch Fußnote 15, sowie Tooze, J. A., Fußnote 14, hier: S. 262 bis 282, und Kehrl, H.: „Rolf Wagenführ im Institut für Konjunkturforschung“ in Menges, G./Zwer, R. (Hrsg.): „Probleme internationaler wirtschafts- und sozialstatistischer Vergleiche – Rolf Wagenführ zum Gedächtnis“, Köln 1981, S. 9 f.

21) Siehe Vogel, W., Fußnote 16, hier: S. 307.

22) Statistisches Amt des Vereinigten Wirtschaftsgebietes 1949, Fußnote 18, hier: S. 12. Siehe hierzu auch Kaiser, L., Fußnote 3, hier: S. 38.

23) Siehe Bartels, H., Fußnote 2, hier: S. 158 f.

24) Siehe Fürst, G.: „Hildegard Bartels 70 Jahre – Leistung und Persönlichkeit“ in Allgemeines Statistisches Archiv Bd. 68, S. 426 ff., hier: S. 426 f. Nähere biografische Angaben über Hildegard Bartels enthält auch der einleitende Überblick zu dem Interview mit ihr im bereits zitierten Band 4 der Reihe „Kategorien der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen“, S. 505 f. (Ergänzung der Redaktion).

25) Siehe Bartels, H., Fußnote 2, hier: S. 159 f., und Fürst, G., Fußnote 24, hier: S. 427.

26) Siehe Bartels, H., Fußnote 2, hier: S. 160

27) Siehe Pünder, T.: „Das bizonale Interregnum – Die Geschichte des Vereinigten Wirtschaftsgebietes 1946 – 1949“, Waiblingen 1966.

tes eingerichtet, dessen Leitung Gerhard Fürst übernahm. Im April 1948 wechselte auch Hildegard Bartels in das neu gegründete Amt. Das Statistische Amt der britischen Besatzungszone arbeitete zunächst noch weiter und wurde erst im März 1949 offiziell aufgelöst.²⁸⁾

In der französischen Besatzungszone gab es keine längere Tradition von Landesämtern, da das neue Gebiet durch Abtretungen verschiedener Landesteile entstanden war.²⁹⁾ Die französische Militärregierung gründete verschiedene Koordinierungsstellen, deren Organisation und Sitz allerdings immer wieder geändert wurde.³⁰⁾ Auch nach dem engeren Zusammenschluss der drei westlichen Besatzungszonen zur „Trizone“ im April 1949 und der Gründung der Bundesrepublik Deutschland im Mai 1949 beharrte die französische Besatzungsmacht zunächst auf einer eigenen statistischen Organisation. Erst Ende März 1950 wurde sie aufgelöst³¹⁾ und machte die Bahn für die Gründung des Statistischen Bundesamtes frei, das nun auch offiziell für das gesamte Gebiet der damaligen Bundesrepublik tätig werden konnte.

Gleichzeitig wurde das Statistische Amt des Vereinigten Wirtschaftsgebietes, das bereits seit Oktober 1949 etwas voreilig „mit der Führung der Statistik für Bundeszwecke“³²⁾ beauftragt worden war, im September 1950 rückwirkend zum April 1950 aufgelöst.³³⁾ Die formale Überführung des Statistischen Bundesamtes zum Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern erfolgte am 8. September 1950.³⁴⁾ Präsident des Statistischen Bundesamtes wurde Gerhard Fürst.

Aufbau einer Abteilung für zusammenfassende Wirtschaftsbeobachtung im Statistischen Amt des Vereinigten Wirtschaftsgebietes

Gerhard Fürst und Hildegard Bartels können ohne Übertreibung als das Dream-Team der amtlichen Statistik bezeichnet werden. Ihre Kooperation von Februar 1946 bis Oktober 1964 hat wesentlich dazu beigetragen, dass die amtliche Statistik national und international zu hohem Ansehen gelangen konnte. Bei ihrer Verabschiedung als Präsidentin 1979 sprach Hildegard Bartels auch den anwesenden Gerhard Fürst an: „Beim Abschied gehen die Gedanken auch zu den Anfängen zurück. Ich betrachte es als ganz großes Glück, Herr Dr. Fürst, dass ich sechzehn Jahre unter ihrer Lei-

tung arbeiten durfte. Die Verdienste, die mir zugeschrieben worden sind, wären ohne Ihre hervorragende und fortschrittliche Amtsführung nicht möglich gewesen. Es war eine wunderbare Zusammenarbeit, und sie haben aus dem nervösen Rennpferd, als das Sie mich einmal bezeichnet haben, einen Menschen mit einer guten Portion Gelassenheit und Souveränität gemacht, ohne die ich meine jetzige Aufgabe nicht hätte erfüllen können.“³⁵⁾

Beide verband von Anfang an das Bestreben, nicht einfach die Nachfrage von Verwaltung und angewandter Wissenschaft nach einer Fülle von unterschiedlichen Statistiken zu befriedigen, sondern zu versuchen, im Laufe der Jahre ein abgestimmtes statistisches Gesamtbild des wirtschaftlichen und sozialen Geschehens zu erstellen: „Die Notwendigkeit, die deutsche Statistik nach dem Kriege neu aufzubauen, bot die einmalige Gelegenheit, auch die aus früheren Zeiten überkommenen ‚Baupläne‘ zu überprüfen und von einem mehr pragmatischen zu einem systematisch durchdachten Programm der amtlichen Statistik zu kommen... Diese ‚Vision‘ des Gesamtbildes war, soweit sie sich auf die wirtschaftlichen Tatbestände bezog, zu einem großen Teil vom Denkschema der ‚Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen‘ geprägt. Diese moderne Form der statistischen Darstellung wirtschaftlicher Zusammenhänge war während und nach dem Kriege in Anlehnung an die wirtschaftstheoretischen Vorstellungen von Keynes entwickelt worden (deutsche Vertreter: anfangs vor allem Schneider und Grünig). Im Zusammenhang mit dem Marshallplan wurden auch für die Bundesrepublik solche Berechnungen verlangt, ohne dass zunächst ausreichende Unterlagen dafür vorhanden waren.“³⁶⁾

Diese Zielsetzung spiegelt sich bereits in dem vorläufigen Geschäftsverteilungsplan vom 30. März 1948 des Statistischen Amtes des Vereinigten Wirtschaftsgebietes wider. Die koordinierenden Aufgaben wurden vor allem Abteilung II („Allgemeine und zusammenfassende Wirtschaftsbeobachtung“) übertragen, die seit April 1948 vertretungsweise von Hildegard Bartels geführt wurde. Die Abteilung sollte drei Referate umfassen, und zwar für „Untersuchungen zur Wirtschaftsstruktur“, „laufende Wirtschaftsbeobachtung, Auskunftsdienst“ und „allgemeine Veröffentlichungen, Zahlenarchiv“. Es war vorgesehen, dass sich das Referat „Untersuchungen zur Wirtschaftsstruktur“ mit den Themenbereichen „Struktur der Volkswirtschaft, Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft, Volkseinkommen und Sozialprodukt, Volksvermögen und Deutschland im Rahmen der europäischen Wirtschaft und der Weltwirtschaft“ beschäftigen

28) Siehe Vogel, W., Fußnote 16, hier: S. 309.

29) Siehe Kaiser, L., Fußnote 3, hier: S. 38.

30) Siehe Vogel, W., Fußnote 16, hier: S. 303 und 312 bis 325.

31) Siehe Vogel, W., Fußnote 16, hier: S. 322, und Szameitat, K.: „Die Organisation der amtlichen Statistik in der Bundesrepublik“ in WiSta 6/1950, S. 190 ff., hier: S. 190.

32) Siehe Kaiser, L., Fußnote 3, hier: S. 50. Siehe hierzu auch die Erläuterungen bei Szameitat, K., Fußnote 31, hier: S. 191.

33) Siehe Vogel, W., Fußnote 16, hier: S. 331.

34) Siehe Szameitat, K., Fußnote 31, hier: S. 191.

35) Bartels, H.: „Ansprache der scheidenden Präsidentin des Statistischen Bundesamtes, Dr. Hildegard Bartels“ in Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Sonderdruck zur Feier am 15. Januar 1980 im Kurhaus Wiesbaden anlässlich der Verabschiedung der Präsidentin des Statistischen Bundesamtes a. D., Frau Dr. Hildegard Bartels, und der Amtseinführung des Präsidenten des Statistischen Bundesamtes, Herrn Franz Kroppenstedt, S. 5 ff., hier: S. 8.

36) Bartels, H., Fußnote 2, hier: S. 167. Siehe hierzu auch Fürst, G.: „Aufgaben und Organisation der amtlichen Statistik“, Referat, gehalten auf der Tagung der Deutschen Statistischen Gesellschaft am 14. September 1949 in Freiburg im Breisgau, in Allgemeines Statistisches Archiv, Bd. 33, S. 433 ff., hier: S. 434 bis 436. Zum Marshall-Plan siehe Hardach, G.: „Der Marshall-Plan-Auslandshilfe und Wiederaufbau in Westdeutschland 1948 – 1952“, München 1994.

sollte.³⁷⁾ Hildegard Bartels übernahm zunächst auch die Leitung dieses Referats.

Im Geschäftsverteilungsplan von Februar 1949 war für diese Aufgaben bereits ein sehr viel differenzierter organisatorischer Aufbau vorgesehen. Abteilung II („Zusammenfassende Wirtschaftsbeobachtung, volkswirtschaftliche Bilanzen, Veröffentlichungen“) umfasste jetzt drei Hauptreferate, nämlich „Grundsatzfragen, Zusammenfassende Wirtschaftsbeobachtung, Auslands-Statistik“, „Volkseinkommen, Investitionen“ und „Laufende Wirtschaftsbeobachtung, Veröffentlichungen“. Das Hauptreferat „Volkseinkommen, Investitionen“ gliederte sich wiederum in drei Referate, nämlich „Statistik des Volkseinkommens, des Sozialprodukts und seiner Verwendung“, „Statistik der Kapitalbildung und der Investitionen, des Volksvermögens und der Kriegsschäden“ und „Statistik der Zahlungsbilanz“. ³⁸⁾

In dem ersten Tätigkeitsbericht des Statistischen Amtes des Vereinigten Wirtschaftsgebietes werden die vorgesehenen Aufgaben der Abteilung II in folgender Weise beschrieben:

„Eine der Hauptaufgaben dieser Abteilung ist es, die aus den Fachabteilungen kommenden statistischen Daten zum *statistischen Gesamtbild der Volkswirtschaft* zusammenzufügen und dort, wo solche Unterlagen fehlen, die Schätzung der Größenordnungen durchzuführen. Darstellungen der *wirtschaftlichen Struktur*, Berechnungen des *Volkseinkommens* und des *Sozialproduktes*, der *Investitionen*, des *Volksvermögens*, der *Kriegsschäden* und ähnliche Aufgaben, zu denen ein mannigfaches Material aus den verschiedensten Statistiken zusammengezogen werden muss, gehören zum Aufgabenbereich dieser Abteilung. Hierzu ergibt sich als Gegenstück, dass die Abteilung bei der *Planung und dem methodischen Aufbau aller Statistiken* von sachlichem Inhalt her Einfluss nehmen muss; denn nur so kann erreicht werden, dass die für diese allgemeinen Zwecke notwendigen Bausteine auch bei den Fachstatistiken anfallen.

So wie der Handel die Brücke zwischen dem Produzenten und dem Konsumenten bildet, soll sie einerseits das aus den Fachstatistiken fließende Zahlenmaterial gebrauchsfertig für die allgemeinen Zwecke der Wirtschaftspolitik und für die Marktforschung machen, ohne dabei unnötig in die Aufgabengebiete der Konjunktur- und Wirtschaftsinstitute einzudringen, denen sie die verarbeiteten Unterlagen für ihre speziellen Problemstellungen liefert. Umgekehrt ist es ihre Aufgabe, die *Verbindung zu den Konsumenten der Statistik* zu halten und die Anforderungen nach statistischen Unterlagen für ein bestimmtes wirtschaftliches Problem, dem u. U. mit den verschiedensten statistischen Unterlagen beizukommen ist, in die richtigen Kanäle zu leiten. In

diesem Zusammenhang werden das *Veröffentlichungswesen* und der *Auskunftsdienst* von dieser Abteilung betreut. Ein Referat *Auslandsstatistik* ist ihr angegliedert.“³⁹⁾

Im Rückblick auf die Tätigkeiten von Hildegard Bartels skizziert Gerhard Fürst die Aufgaben der Abteilung in folgender Weise: „Um die Ergebnisse der einzelnen Statistiken zu einem Gesamtbild des Wirtschafts- und Einkommenskreislaufs zusammenfügen zu können, mussten die in den verschiedenen Statistiken verwendeten Bereichsabgrenzungen, Begriffe, Klassifikationen, Darstellungseinheiten usw., soweit wie möglich vereinheitlicht werden. Darüber hinaus mussten wesentliche Lücken im Gesamtbild durch neue Statistiken ausgefüllt werden.“⁴⁰⁾

Im Geschäftsverteilungsplan vom 10. September 1949 wird dann für das bisherige Hauptreferat „Volkseinkommen, Investitionen“ die neue Bezeichnung „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen“ verwendet.⁴¹⁾ Als Hauptreferent ist Dr. Otto Schörry angegeben, der zunächst auch die Leitung seiner vier Referate übernehmen musste, da noch keine weiteren wissenschaftlichen Mitarbeiter auf dem Aufgabengebiet der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zur Verfügung standen. Im Laufe der nächsten Monate und Jahre konnte dann die personelle Ausstattung des Arbeitsgebiets wesentlich verbessert werden. Hildegard Bartels übernahm im Oktober 1949 dann auch offiziell die Leitung der Abteilung II,⁴²⁾ eine Aufgabe, die sie bis zu ihrer Ernennung als Vizepräsidentin 1967 wahrnahm.

Schwierigkeiten und Chancen beim Neuaufbau der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

Wie schwer die Aufgabe war, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen nach dem Krieg in Deutschland einzuführen, wird in einer Vorbemerkung des ersten Schriftleiters von „Wirtschaft und Statistik“, Gerhard Fürst, zu einem 1951 veröffentlichten Aufsatz von Hildegard Bartels über die „Probleme der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen“ besonders plastisch: „An der Notwendigkeit solcher Gesamtrechnungen besteht auch in Deutschland kein Zweifel. Sie setzen aber voraus, dass statistische Unterlagen über die mannigfaltigsten Wirtschaftsvorgänge vorhanden sind, und diese müssen nach dem Zusammenbruch in Deutschland erst mühselig wiederbeschafft werden. Solange noch wichtige Teile des statistischen Gebäudes fehlen, kann dieses Gebäude nur unter ein Notdach gebracht werden – aber die endgültigen Pläne für den Gesamtbau müssen rechtzeitig vorliegen. Das Statistische Bundesamt bemüht sich – soweit das mit den sehr beschränkten staatlichen Mitteln möglich ist – Mauer auf Mauer zu errichten.“⁴³⁾

37) Siehe „vorläufiger Geschäftsverteilungsplan vom 30. März 1948“ in Bundesarchiv B 128/GVPL, S. 4.

38) Siehe Statistisches Amt des Vereinigten Wirtschaftsgebietes 1949, Fußnote 18, hier: Anhang, und Vogel, W., Fußnote 16, hier: S. 329.

39) Statistisches Amt des Vereinigten Wirtschaftsgebietes 1949, Fußnote 18, hier: S. 20.

40) Fürst, G., Fußnote 24, hier: S. 430.

41) Siehe Bundesarchiv, B 128 / GVPL.

42) Interner Vermerk von Dr. Fürst von 1951.

43) Bartels, H. (mit Vorbemerkung von Fürst, G.): „Probleme der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen“ in WiSta 6/1951, S. 222 ff., hier: S. 222.

Die Anfangsschwierigkeiten werden in dem Interview deutlich, das Utz-Peter Reich und Heinrich Lützel 1992 mit Hildegard Bartels führten.⁴⁴⁾ Es ist in dem bereits zitierten Band 4 der Reihe „Kategorien der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen“ unter dem Titel „Aus den Anfängen der westdeutschen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen nach dem Krieg“ auf S. 505 ff. erstmalig abgedruckt (Ergänzung der Redaktion). Im Einzelnen haben Gerhard Fürst und Hildegard Bartels den schwierigen Anfang auch in ihrem englischsprachigen Beitrag „Social Accounts and Calculation of National Income in Germany (Bizonal Area)“ zur ersten Konferenz der *International Association for Research in Income and Wealth* vom 27. August bis 3. September 1949 in Cambridge beschrieben, der als Anlage zu dem oben erwähnten Interview mit Frau Dr. Bartels ebenfalls erstmals im o. a. Band veröffentlicht wurde. Es reichen daher an dieser Stelle einige zusammenfassende Hinweise, die noch bei der Schilderung der ersten Berechnungen im siebten Abschnitt ergänzt werden:

- Durch den Krieg gingen die meisten statistischen Unterlagen aus der Vorkriegszeit und den Kriegsjahren verloren. Eine kontinuierliche Fortsetzung der Arbeit war nicht möglich.
- Die ehemaligen Mitarbeiter waren teilweise politisch belastet und konnten nicht wieder in ihrem alten Arbeitsgebiet eingesetzt werden. Dadurch ging natürlich viel Know-how der statistischen Praxis verloren. Durch Kriegsverluste und Gefangenschaft fehlte auch zunächst weitgehend der Nachwuchs.
- Die räumliche und sachliche Ausstattung der neuen statistischen Ämter war armselig. Die Zonenverwaltungen waren zersplittert, die Kommunikation zwischen den Zonen ließ zu wünschen übrig.
- Durch die neu gebildeten Gebietseinheiten war die Vergleichbarkeit mit den Gebieten alter Abgrenzung nur sehr bedingt möglich.
- Der Neuaufbau einer statistischen Datenbasis brauchte viel Zeit. Neue, für Zwecke der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen erwünschte und benötigte Statistiken konnten erst nach vielen Anlaufschwierigkeiten erhoben werden und lagen teilweise erst Anfang der 1950er-Jahre vor.
- Für die im Rahmen des „European Recovery Program (ERP)“ (meist Marshall-Plan genannt, siehe nächsten Abschnitt) geforderte Berechnung des Sozialprodukts kam hinzu, dass die geforderten Berechnungsmethoden bisher in Deutschland nicht angewendet worden waren.

Informationen über die internationalen Konzepte waren zunächst nur spärlich vorhanden.

Auf der anderen Seite wurde aber auch im Neuanfang eine große Chance gesehen: „These disadvantages are, however, confronted also by one advantage: – as the German statistics have to be re-organised from their very beginnings, they are easier in a position of following completely new lines. The Statistical Office started its activities from the guiding principle that all statistics should be constructed in such a way as to allow for their combination to a complete picture of the national economy.“⁴⁵⁾

Als zweiter Vorteil kann die große Hilfsbereitschaft genannt werden, die vor allem die internationalen Experten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen beim Neuaufbau in Deutschland zeigten.⁴⁶⁾ Das wurde bereits bei der Teilnahme von Fürst und Bartels an der ersten Konferenz der *International Association for Research in Income and Wealth* (IARIW) im August 1949 deutlich.⁴⁷⁾ Mit kritischen Anregungen wurde der Aufbau der amtlichen Statistik auch wesentlich durch deutsche Experten in den verschiedenen Arbeitskreisen und Gremien unterstützt, die im Vereinigten Wirtschaftsgebiet eingerichtet wurden, insbesondere durch die Teilnehmer an dem ERP-Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Bilanzen“ (siehe dazu den nächsten Abschnitt).

Eine wichtige erste Orientierung für die Anfangszeit wurde das *Simplified System of National Accounts*, das von der *National Accounts Research Unit* der Organisation for European Economic Cooperation (OEEC) unter der Leitung von Richard Stone erarbeitet worden war und im April 1950 publiziert wurde.⁴⁸⁾ Eine deutsche Übersetzung wurde von Jochen Schmedtje betreut.⁴⁹⁾ Schmedtje hatte im Winter 1949/50 eines der Referate im Hauptreferat von Otto Schörry übernommen. Seine Aufgabe bestand vor allem darin, die internationalen Arbeiten auf dem Gebiet der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zu verfolgen und im Hinblick auf ihre Anwendungsmöglichkeiten in Deutschland zu prüfen.⁵⁰⁾

Statistische Anforderungen im Rahmen des Marshall-Plans

Auf die Frage, welche Anstöße zu der Entwicklung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen nach dem Krieg geführt hätten, antwortete Hildegard Bartels: „Angefangen hat es natürlich mit der Politik und mit dem Marshallplan, von außen her kam der Anstoß. Die Amerikaner wollten sehen, wie der Marshallplan anschluss, wie sich die Leistungsfähigkeit der Deutschen entwickelt.“⁵¹⁾ Zunächst waren es aller-

44) Siehe auch Harkort, G.: „Über den statistischen Dienst im heutigen Deutschland“ in Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik, 84. Jg. 1948, S. 457 ff., und Fürst, G.: „Wandlungen im Programm und in den Aufgaben der amtlichen Statistik in den letzten 100 Jahren“ in Statistisches Bundesamt (Hrsg.): „Bevölkerung und Wirtschaft 1872 – 1972“, Wiesbaden 1972.

45) Fürst, G./Bartels, H.: „Social Accounts and Calculation of National Income in Germany (Bizonal Area)“ (Anhang 2 zu dem Interview von Utz-Peter Reich und Heinrich Lützel mit Frau Dr. Bartels 1992 im bereits mehrfach zitierten Band 4 der Reihe „Kategorien der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen“, hier: S. 527 f. (Ergänzung der Redaktion).

46) Siehe auch den Überblick über die ersten internationalen Arbeiten nach dem Krieg bei Schmucker, H.: „Neuere Arbeiten auf dem Gebiet der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen“ in Allgemeines Statistisches Archiv, Bd. 36, S. 44 ff.

47) Zu den ersten Jahren der IARIW siehe Carson, C.: „50-year retrospective of the IARIW: The early years“ in Review of Income and Wealth, Series 45, Nr. 3, 1999, S. 379 ff.

48) Dokument SS/1 (50) im Bundesarchiv Koblenz B 128/ 3614. Siehe auch den Hinweis auf die deutsche Übersetzung bei Bartels, H., Fußnote 43, hier: S. 222. Zu den Aufgaben der OEEC siehe Bühner, W.: „Westdeutschland in der OEEC – Eingliederung, Krise, Bewahrung 1947 – 1961“, München 1998.

49) Siehe Bundesarchiv Koblenz B 128/3614.

50) Siehe den Geschäftsverteilungsplan des Statistischen Bundesamtes vom 1. Mai 1951 (Aufgabenbeschreibung von Referat II/2) (Quelle: Bundesarchiv Koblenz B 128, GVPL).

51) Siehe das bereits zitierte Interview mit Hildegard Bartels im Band 4 der Reihe „Kategorien der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen“, hier: S. 505 ff.

dings vor allem die Wirtschaftsbehörden der westlichen Besatzungszonen, die das nötige Informationsmaterial liefern mussten. Nach und nach rückte dann aber das Statistische Amt an die Stelle des wichtigsten Datenproduzenten, allerdings nur für Angaben über bereits zurückliegende Zeiträume. Für die geforderten Wirtschaftsprognosen blieben weiterhin die Wirtschaftsbehörden verantwortlich.

Am 5. Juni 1947 hatte der amerikanische Außenminister George C. Marshall in einer berühmt gewordenen Rede an der Harvard Universität den Plan eines Europäischen Wiederaufbauprogramms (European Recovery Program, abgek. ERP) vorgestellt.⁵²⁾ In Europa wurde daraufhin im Juli 1947 ein Committee of European Economic Cooperation (CEEC) gegründet, das eine gemeinsame europäische Antwort formulieren und – zusammen mit den amerikanischen Behörden – ein europäisches Wiederaufbauprogramm ausarbeiten sollte.⁵³⁾ Erst im April 1948 wurde dieses Programm nach langwierigen Diskussionen zwischen den beteiligten Ländern und auch innerhalb der Vereinigten Staaten vom amerikanischen Kongress beschlossen.⁵⁴⁾ Gleichzeitig wurde in Paris die Nachfolgeorganisation der CEEC, die Organisation for European Economic Cooperation (OEEC) gegründet.⁵⁵⁾

Bereits im Februar 1948 wurden die deutschen Stellen aufgefordert, für das erste Marshallplanjahr von Juli 1948 bis Juni 1949 einen Vorschlag für einen deutschen Aufbauplan zu machen. Ein erster Entwurf wurde im März 1948 abgegeben, dem im Laufe des Frühjahrs 1948 noch verschiedene weitere Fassungen folgten.⁵⁶⁾ Auch an einem Aufbauplan 1949/50 wurde bereits seit Sommer 1948 gearbeitet. Höhepunkt der ersten statistischen Arbeiten war das langfristige Programm, das die verschiedenen Aufbaupläne integrieren sollte und eine Wirtschaftsplanung bis 1952/53, dem letzten geplanten Marshallplan-Jahr enthielt.⁵⁷⁾ Dieser Wirtschaftsplan enthielt auch Sozialproduktzahlen, die allerdings später in das offizielle OEEC-Dokument nicht übernommen wurden.⁵⁸⁾

In dem Entwurf des Langfristprogramms für die Bizone, der im November 1948 vorgelegt wurde, wurde das Bruttosozialprodukt für die Jahre 1936, 1948 bis 1951 sowie für das Marshallplanjahr 1952/53 geschätzt. Für die Jahre 1936, 1948 und 1952/53 wurde das Bruttosozialprodukt zusätzlich nach Herkunftsbereichen und nach Verwendungszwecken aufgliedert. Die Bruttoanlageinvestitionen wurden

zusätzlich nach Anlagearten gezeigt, der private Verbrauch in Relation zu den Bevölkerungszahlen gesetzt.⁵⁹⁾

Alliiertes Ansprechpartner war bei Fragen des Marshallplans vor allem die „Commerce and Industry Group“ des „Bipartite Control Office (BICO)“ in Frankfurt-Höchst.⁶⁰⁾ Leiter der „Reports, Statistics and Analysis Branch“ war Prof. Dr. Karl Bode.⁶¹⁾ Der wichtigste Diskussionspartner bei Fragen der Sozialproduktsschätzungen war allerdings Prof. Dr. Paul Herberg, der von 1920 bis 1922 erster Leiter der statistischen Abteilung des Kieler Instituts für Weltwirtschaft gewesen war und 1936 nach Kolumbien emigrieren musste. Nach Kriegsende kam er als Experte der amerikanischen Militärverwaltung zurück und arbeitete in verschiedenen alliierten Dienststellen, zeitweilig wohl auch in der erwähnten Branch des BICO.⁶²⁾ Herberg legte in den Folgejahren teilweise auch eigene Schätzungen des Sozialprodukts vor, die in zahlreichen Besprechungen intensiv und oft auch kontrovers diskutiert wurden.⁶³⁾

So wurde zum Beispiel am 22. April 1949 mit Herberg die schätzungsweise Aufteilung des Volkseinkommens für 1936 nach den Gebietsständen der Nachkriegszeit erörtert.⁶⁴⁾ Um mehr Zuwendungen aus dem Marshallplan zu erhalten, erschien es den beteiligten Gesprächspartnern vorteilhafter, im Rahmen des gegebenen, recht großen Schätzspielraums die aktuelle wirtschaftliche Situation im Verhältnis zur Vorkriegssituation ungünstiger erscheinen zu lassen. Daher wurde der Vorschlag von Herberg, einen relativ hohen Vergleichswert der Bizone für das Jahr 1936 anzusetzen, angenommen.

Die deutschen Vorbereitungsarbeiten wurden von der bizonalen Verwaltung für Wirtschaft (Leiter: Dr. Ludwig Erhard), und zwar insbesondere von ihrer Abteilung I A „Grundsatzfragen der Wirtschaftspolitik mit den Arbeitsgebieten Allgemeine Grundsatzfragen, langfristige Strukturplanung, Marshallplan und Wirtschaftsstatistik“ koordiniert. Sie wurde von Dr. Günther Keiser (Stellvertreter: Dr. Helmut Meinhold) geleitet.⁶⁵⁾ Die erwähnten ersten „amtlichen“ Sozialproduktsschätzungen für den Marshallplan wurden von Mitarbeitern dieser Abteilung vorgenommen und gegenüber den alliierten Stellen vertreten.

Keiser war bereits in den Kriegsjahren maßgeblich an der Diskussion über Möglichkeiten der Wirtschaftsgestaltung und Nachkriegsplanung beteiligt gewesen, Meinhold arbei-

52) Siehe Hardach, G., Fußnote 36, hier: S. 45.

53) Siehe Hardach, G., Fußnote 36, hier: S. 51.

54) Siehe Hardach, G., Fußnote 36, hier: S. 65.

55) Siehe Bühner, W., Fußnote 48, hier: S. 79.

56) Siehe Bühner, W., Fußnote 48, hier: S. 100 ff.

57) Siehe Bühner, W., Fußnote 48, hier: S. 123 bis 133, und Hardach, G., Fußnote 36, hier: S. 135 bis 143.

58) Siehe Hardach, G., Fußnote 48, hier: S. 140. Eine deutsche Übersetzung des Programms für die Bizone ist im Bundesarchiv Koblenz verfügbar, siehe Z 8/1943.

59) Siehe Bundesarchiv Koblenz Z 8/1943.

60) Siehe Vogel, W., Fußnote 16, hier: Schaubild S nach S. 122 und Schaubild C nach S. 124 sowie das Schaubild nach S. 273.

61) Siehe Vogel, W., Fußnote 16, hier: S. 264, Anm. 20.

62) Siehe zu Herberg das Interview mit Frau Dr. Bartels (Fußnote 51) mit weiteren Hinweisen zu seiner Person.

63) Siehe Bundesarchiv Koblenz B 102/13400a.

64) Vermerk von Dr. Huppert (Verwaltung für Wirtschaft, Referat I A 3) vom 22. April 1949 (B 102/13400a).

65) Siehe den Geschäftsverteilungsplan der Verwaltung für Wirtschaft vom 1. September 1948 bei Vogel, W., Fußnote 16, hier: S. 133. Diese Abteilung wurde später in die Unterabteilung I A „Wirtschaftspolitische Grundsatzfragen und Marshallplan“ des Bundeswirtschaftsministeriums überführt. „Leiter dieser Unterabteilung, die mit ihren grundsatzpolitischen Referaten gleichsam das Nervenzentrum des gesamten Ministeriums darstellte, wurde – im Rang eines Ministerialdirigenten – abermals Keiser.“ (Löffler, B.: „Soziale Marktwirtschaft und administrative Praxis – Das Bundeswirtschaftsministerium unter Ludwig Erhard“, Vierteljahresschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Beihefte Nr. 162, Wiesbaden, Stuttgart 2002, S. 99). Sein Vertreter wurde auch hier Meinhold, der bis 1950 das Referat I A 2 „Langfristige Strukturplanung“, dann bis 1952 das Referat I A 1 „Grundsatzfragen der Wirtschaftspolitik“ leitete (siehe Löffler, B., a.a.O.).

tete während des Krieges auf dem Gebiet von Wirtschafts- und Bevölkerungsplanung in den besetzten Ostgebieten.⁶⁶⁾ Nach dem Krieg vertraten sie weiterhin eine eher planwirtschaftliche Richtung und setzten sich in diesem Zusammenhang auch für den Aufbau von Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen als zusammenfassende statistische Grundlage tatkräftig ein. Erst mit ihrem Ausscheiden aus dem Bundeswirtschaftsministerium im August 1951 (Keiser) bzw. 1952 (Meinhold) sowie mit weiteren Personalveränderungen konnte das neoliberale Denken, das Ludwig Erhard als Minister von Anfang an verkörpert hatte, auch in seiner zentralen Abteilung I „Wirtschaftspolitik“ Einzug halten.⁶⁷⁾ Damit war aber auch für die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen des Statistischen Bundesamtes der „Honeymoon“ einer Unterstützung aus voller Überzeugung durch die Fachleute des Bundeswirtschaftsministeriums vorbei. Das im Aufbau begriffene statistische Datenwerk wurde in der Folgezeit von den nun tonangebenden neoliberalen Wirtschaftsfachleuten im Ministerium wesentlich kritischer als mögliches Instrument einer Planwirtschaft betrachtet.

Beginn der Arbeiten des ERP-Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Bilanzen“ – Erste Schätzungen des Volkseinkommens durch die Bank Deutscher Länder

Aber zurück zu den Jahren 1948 und 1949. Um die deutsche Mitarbeit am Marshall-Plan zu koordinieren, wurden verschiedene Ausschüsse und Arbeitskreise gegründet. Der Koordinierung der Programme der einzelnen Verwaltungen diente vor allem der ERP-Arbeitsausschuss, für den die Abteilung I A der Verwaltung für Wirtschaft die Federführung übernommen hatte. Die erste Sitzung dieses Arbeitsausschusses fand am 23. September 1948 statt.⁶⁸⁾ Für einzelne Themenbereiche wurden spezielle Arbeitskreise eingerichtet. Dazu gehörte auch der ERP-Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Bilanzen“.

Im März 1949 trafen sich Experten zu einer ersten, noch informellen Sitzung des Arbeitskreises bei der Bank Deutscher Länder.⁶⁹⁾ Thema dieser Besprechung war die

geplante Veröffentlichung der Bank Deutscher Länder zur Volkseinkommensrechnung. Dazu legte Prof. Dr. Woldemar Koch, Leiter des Referats 83 „Volkseinkommen“ in der von Dr. Eduard Wolf⁷⁰⁾ geleiteten Abteilung „Volkswirtschaft und Statistik“⁷¹⁾, ein Arbeitspapier über „Das Volkseinkommen und sein Erkenntniswert“ vor.⁷²⁾ Darin äußerte sich Koch einleitend sehr vorsichtig über die damaligen Berechnungsmöglichkeiten: „Unter den heutigen Verhältnissen ist die Berechnung oder, sagen wir vorsichtiger, die Schätzung des Volkseinkommens ein recht gewagtes Unternehmen. Was der Forscher an Unterlagen vorfindet, sind Bruchstücke, und es handelt sich darum, aus ihnen ein Ganzes aufzubauen. Bleiben wir bei diesem Bild. Der Forscher ist in einer ähnlichen Lage wie der Archäologe, der Trümmer entdeckt und aus ihnen das Bild eines antiken Gebäudes nachschaffen will oder ein Paläontologe, der auf Grund weniger Knochenfunde ein Skelett konstruiert.“⁷³⁾

Die eigentlich konstituierende erste Sitzung, auf der Gerhard Fürst zum Vorsitzenden des Arbeitskreises gewählt wurde, fand dann am 28. April 1949 statt.⁷⁴⁾ Die Verwaltung für Wirtschaft stellte dabei ihre aktuellen Schätzungen des Sozialprodukts für 1936, das 2. Halbjahr 1948 und die Projektionen für die Marshallplan-Jahre 1949/50 bis 1952/53 vor.⁷⁵⁾

Auf der nächsten Sitzung vom 9. Juni 1949 wurde insbesondere über den Stellenwert der inzwischen veröffentlichten Volkseinkommensschätzungen der Bank Deutscher Länder im Aprilheft ihrer Monatsberichte kritisch diskutiert.⁷⁶⁾ Die Bank hatte auf der Grundlage des Aufkommens an Einkommensteuer für die Monate Oktober 1948 bis März 1949 das Volkseinkommen für das erste Marshallplanjahr 1948/49 hochgeschätzt. Im Vorwort betonte der Autor: „Den Arbeiten berufener Stellen soll damit in keiner Weise vorgegriffen werden... Im Übrigen ist der Aufsatz lediglich als eine Anregung und Materiallieferung aus Sachbearbeiterkreisen der Bank Deutscher Länder und nicht als eine offizielle Stellungnahme der Bank zu betrachten.“⁷⁷⁾ In der erwähnten Arbeitskreis-Sitzung wurde beschlossen, dass es jedem Mitglied des Arbeitskreises zwar frei stünde, in eindeutig als privat gekennzeichneten Artikeln seine Auffassung zu vertreten. Dies dürfe aber nicht in amtlichen Veröffentlichungen wie den Monatsberichten der Deutschen Bundesbank geschehen.⁷⁸⁾ Die Verwaltung für Wirtschaft, die auch das

66) Keiser war während des Krieges Leiter der Statistischen Abteilung der Wirtschaftsgruppe Privates Bankgewerbe und Hauptschriftführer des „Bank-Archivs“ bzw. der „Bank-Wirtschaft“ (siehe Brackmann, M., Fußnote 10, hier: S. 299), Meinhold war wissenschaftlicher Mitarbeiter des Instituts für Ostarbeit in Krakau (siehe dazu den kritischen Beitrag von Heim, S./Aly, G.: „Ein Berater der Macht – Helmut Meinhold oder der Zusammenhang zwischen Sozialpolitik und Judenvernichtung“, Hamburg, Berlin 1986). Weitere biografische Angaben zu Keiser und Meinhold bei den Personenangaben zu den Kabinettsprotokollen (im Internet).

67) Das wurde besonders deutlich im Oktober 1952 durch die Ernennung des ausgewiesenen neoliberalen Professors Alfred Müller-Armack zum neuen Abteilungsleiter I. Siehe hierzu ausführlich den Abschnitt „Alte Planungsresiduen im neuen Ministerium“ in Löffler, B., Fußnote 65, hier: S. 97 bis 110. Zu den ersten lobenden Äußerungen von Müller-Armack zum faschistischen Staat Anfang der 1930er-Jahre siehe Löffler, B., Fußnote 65, hier: S. 48 f. Löffler gibt einen guten Überblick über die neoliberale Diskussion während der Nazizeit siehe Löffler, B., Fußnote 65, hier: S. 41 bis 70.

68) Siehe Vogel, W., Fußnote 16, hier: S. 281 f. (mit Druckfehler Mainhold statt Meinhold) und Bührer, W., Fußnote 48, hier: S. 84 f.

69) Siehe hierzu die Vermerke von Dr. Wrede, dem Dezernenten für Volkswirtschaft und Statistik der Bank Deutscher Länder, vom 18. und 25. März 1949 (Historisches Archiv der Deutschen Bundesbank, B 330/3352).

70) Eduard Wolf hatte von 1934 bis 1948 im DIW die Abteilung „Auslandswirtschaft“ geleitet. Nach seinem Wechsel zur Bank Deutscher Länder im Jahr 1948 „spielte er eine führende Rolle beim Ausbau des wissenschaftlichen Statistikwesens der Notenbank“ (Nützenadel, A.: „Stunde der Ökonomen – Wissenschaft, Politik und Expertenkultur in der Bundesrepublik 1949 – 1974“, Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft Band 166, Göttingen 2005, S. 100, Anm. 59).

71) Siehe Historisches Archiv der Deutschen Bundesbank, Geschäftsverteilungsplan vom 1. Oktober 1948.

72) Siehe Historisches Archiv der Deutschen Bundesbank, B 330/3352, Vermerk vom 18. März 1949.

73) S. 1 des Vermerks vom 18. März 1949, Fußnote 72.

74) Siehe Bundesarchiv Koblenz B 102/13400a (ERP-Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Bilanzen“ 1949-1952), Heft 2.

75) Siehe Bundesarchiv Koblenz B 102/13400a, Heft 2.

76) Siehe Bank Deutscher Länder 1949: „Das gegenwärtige Volkseinkommen und die Sparfähigkeit“ in Monatsberichte der Bank Deutscher Länder, April 1949, S. 31 ff., und Bundesarchiv B 102/13400a, Heft 2.

77) Siehe Bank Deutscher Länder 1949, Fußnote 76, hier: S. 31.

78) Bundesarchiv Koblenz B 102/13400a, Heft 2.

Protokoll der Arbeitskreissitzung anfertigte, musste befürchten, dass konkurrierende Schätzungen die Verhandlungen über Zuweisungen aus dem Marshall-Plan erschweren könnten. Es war schon schwer genug, die grob geschätzten Zahlen gegenüber alliierten Stellen zu verteidigen.⁷⁹⁾

Kritik kam auch von Seiten des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts (WWI) der Gewerkschaften.⁸⁰⁾ Dieses Institut war bereits im März 1946 gegründet worden.⁸¹⁾ Eine wesentliche personelle Aufstockung erfuhr es durch die allmähliche Auflösung des statistischen Amtes der britischen Zone. „Mitte 1948 wurde ergänzend zu der in Köln bereits vorhandenen Organisation eine von Dr. Rolf Wagenführ geleitete Abteilung ‚Statistik und Wirtschaftsbeobachtung‘ ins Leben gerufen, die personell aus dem damals noch bestehenden Statistischen Amt für die britische Besatzungszone hervorging“⁸²⁾. Nach der offiziellen Auflösung des statistischen Amtes der britischen Zone im April 1949 wechselte die Abteilung Statistik und Wirtschaftsbeobachtung mit ihren Mitarbeitern von Minden nach Köln, Wagenführ wurde später einer der stellvertretenden Leiter des Instituts.⁸³⁾ Mit Wagenführ gehörte nun ein ausgewiesener Experte für volkswirtschaftliche Bilanzierung und Analyse zum WWI, der die Kompetenzen des Instituts auf diesem Gebiet wesentlich erhöhte.⁸⁴⁾

In dem kritischen Beitrag des WWI wurde in der Vorbemerkung betont: „Das Wirtschaftswissenschaftliche Institut, das seit längerer Zeit gleichfalls eingehende Untersuchungen über Höhe und Entwicklung des Volkseinkommens durchführt, benutzt die Gelegenheit, um gewisse Korrekturen an der Schätzung der Bank Deutscher Länder vorzubringen. Dabei handelt es sich um Korrekturen, die nach Meinung des Instituts auf eine breitere methodische Fundierung zurückgehen.“⁸⁵⁾ Kritik wurde vom WWI vor allem an den Angaben zur Einkommensverteilung geäußert, die aus Sicht des Instituts für die Arbeitnehmer ungünstiger war als von der Bank ausgewiesen. Auch das Niveau des Volkseinkommens 1948/49 wurde vom WWI höher eingeschätzt.

Erste Berechnungen des Statistischen Amtes des Vereinigten Wirtschaftsgebietes

Wie stand es nun um eigene Berechnungen des Statistischen Amtes des Vereinigten Wirtschaftsgebietes auf dem

Gebiet der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen? Noch in seinem im Februar 1949 veröffentlichten Tätigkeitsbericht des Statistischen Amtes des Vereinigten Wirtschaftsgebietes für das Jahr 1948 konnte lediglich auf methodische Vorarbeiten verwiesen werden: „Da für die Anwendung der früheren Berechnungsmethoden die meisten statistischen Unterlagen fehlen, wurde als erster Schritt eine Ausarbeitung zur Klärung des Begriffs (unter Berücksichtigung der Arbeiten des Völkerbundes bzw. der Vereinten Nationen) und zur Überprüfung der heute möglichen Berechnungsmethoden und ihrer statistischen Voraussetzungen fertiggestellt (Ausarbeitungen nicht als ‚Statistische Berichte‘ erschienen).“⁸⁶⁾

Im Historischen Archiv der Deutschen Bundesbank konnte ein Exemplar dieser internen Ausarbeitung gefunden werden.⁸⁷⁾ Es handelt sich um einen Vermerk von Otto Schörry vom 20. Januar 1949 mit dem Titel „Die Berechnung des Volkseinkommens (Sozialprodukts)“. Dieser Text, der als Anhang zu diesem Beitrag erstmalig (im Band 4 der Reihe „Kategorien der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen“ auf S. 104 ff., aber auch als Anhang zu diesem Nachdruck – Ergänzung der Redaktion) veröffentlicht wird, kann gewissermaßen als Geburtsurkunde der amtlichen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen bezeichnet werden. Natürlich sind manche methodische Erläuterungen aus unserer späteren Sicht unvollkommen. Dies gilt insbesondere für Fragen des Außenhandels, der Verbuchung von Steuern und des Einkommensbegriffs. Trotzdem werden hier schon Grundzüge der Sozialproduktsberechnung in einer Weise erläutert, die für die kommenden Jahrzehnte gültig blieb.

Die ersten amtlichen Berechnungen des deutschen Sozialprodukts nach dem Zweiten Weltkrieg wurden vorab in der Sitzung des ERP-Arbeitskreises am 9. Juni 1949 den anderen Fachleuten vorgestellt und von Dr. Otto Schörry im Juliheft der seit April 1949 wieder erscheinenden Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ veröffentlicht.⁸⁸⁾ Sie bezogen sich auf das Jahr 1936 und das zweite Halbjahr 1948. In einem zweiten Artikel im Dezember 1949 konnte dann über das erste Marshallplanjahr 1948/49 (2. Halbjahr 1948 und 1. Halbjahr 1949) berichtet werden. Ergebnisse für das Jahr 1949 wurden im Juliheft 1950 von *Wirtschaft und Statistik* publiziert.⁸⁹⁾

Otto Schörry weist in einer Vorbemerkung zu dem zweiten Artikel darauf hin, dass die Schätzungen nicht allein vom

79) Zu den heftigen nationalen und internationalen Verhandlungen über die Ausgangsgrößen zur Beurteilung der wirtschaftlichen Situation und der voraussichtlichen wirtschaftlichen Entwicklung siehe z. B. Bühner, W., Fußnote 48, hier: S. 100 bis 137, und Hardach, G., Fußnote 36, hier: S. 135 bis 150 und S. 213 bis 229.

80) Siehe Osterkamp, K.: „Wie groß ist das Volkseinkommen des Vereinigten Wirtschaftsgebietes?“ in *Mitteilungen des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften*, 2. Jg., Nr. 7, 15. August 1949, S. 1 ff.

81) Siehe Mertsching, K.: „60 Jahre WWI/WSI – Wissenschaft im Dienste von Arbeitnehmern und Gewerkschaften“, Newsletter des Archivs der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 2006 (im Internet verfügbar).

82) Wirtschaftswissenschaftliches Institut der Gewerkschaften: „Probleme der westdeutschen Wirtschaft – Tätigkeitsbericht des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften, Köln, für die Geschäftsjahre 1946 - 1949“ (redaktionelle Gestaltung: Rolf Wagenführ), Köln 1949, hier: S. 149.

83) Siehe Wirtschaftswissenschaftliches Institut der Gewerkschaften, Fußnote 82, hier: S. 149 f.

84) Siehe bereits 1948 die Ausarbeitung von Wagenführ, R.: „Die Marshall-Plan-Länder und ihre Stellung in der Weltwirtschaft“ (Hinweis in *Wirtschaftswissenschaftliches Institut der Gewerkschaften*, Fußnote 82, hier: S. 153). Siehe auch die Abschnitte „Die Rolle der Statistik“ und „Die praktische Wirtschaftsforschung und die Wirtschaftstheorie“ in *Wirtschaftswissenschaftliches Institut der Gewerkschaften*, Fußnote 82, hier: S. 139 bis 145, die meines Erachtens ganz Wagenführs Handschrift verraten. Wagenführ hatte diesen Tätigkeitsbericht auch redaktionell betreut.

85) Osterkamp, K., Fußnote 80, hier: S. 1.

86) Statistisches Amt des Vereinigten Wirtschaftsgebietes, Fußnote 18, hier: S. 40.

87) Siehe Historisches Archiv der Deutschen Bundesbank B 330/3352.

88) Siehe Schörry, O.: „Volkseinkommen und Sozialprodukt des Vereinigten Wirtschaftsgebietes im Jahr 1936 und im zweiten Halbjahr 1948“ in *WiSta* 4/1949, S. 94 ff., sowie ders.: „Volkseinkommen, Sozialprodukt und Zahlungsbilanz des Bundesgebietes im 1. Marshallplanjahr 1948/49“ in *WiSta* 9/1949, S. 256 ff.

89) Siehe Schörry, O.: „Das Volkseinkommen und Sozialprodukt im Bundesgebiet im Jahr 1949“ in *WiSta* 4/1950, S. 108 ff.

Statistischen Amt erstellt wurden (und werden konnten), sondern das Ergebnis einer Zusammenarbeit mit anderen Experten waren: „Die folgende Schätzung des Sozialprodukts im Bundesgebiet wurde im Rahmen der Arbeiten des ERP-Arbeitskreises ‚Volkswirtschaftliche Bilanzen‘ durchgeführt. Die Schätzung für die Französische Zone wurde zusammen mit der Forschungsstelle für Wirtschaftsaufbau beim Wirtschaftsministerium in Tübingen erarbeitet.“⁹⁰⁾

Die ersten Berechnungsergebnisse wurden im Juli 1949 veröffentlicht, weitere Hinweise zu den angewandten Schätzmethoden erschienen zwei Monate später in einem „Statistischen Bericht“.⁹¹⁾ Als Herausgeber dieser Statistischen Berichte wird erstaunlicherweise das Statistische Bundesamt angegeben, das doch erst knapp ein Jahr später offiziell das Statistische Amt des Vereinigten Wirtschaftsgebietes ablöste.

Es ist nach den bisherigen Erläuterungen nicht überraschend, dass die erste Veröffentlichung im Hinblick auf konzeptionelle Fragen der Sozialproduktsberechnung, auf anzuwendende Berechnungsmethoden und auf die zur Verfügung stehenden Daten auf sehr unsicheren Beinen stand. Die ersten Veröffentlichungen können nur als notwendiges „Learning by Doing“ angesehen werden.

Die Vorkriegsberechnungen des Volkseinkommens beruhten vor allem auf Steuerstatistiken, mit deren Hilfe die Einkommen der verschiedenen Bevölkerungsgruppen geschätzt und zu einer Gesamtgröße aggregiert wurden (Verteilungsrechnung). Vom ERP-Arbeitskreis und den internationalen Organisationen (OEEC) wurde nun aber gefordert, das Sozialprodukt auch als Summe der Wertschöpfung der verschiedenen Wirtschaftsbereiche (Entstehungsrechnung) und als letzte Verwendung von Gütern (Verwendungsrechnung) zu berechnen. Für die Vorkriegsjahre konnte das nur durch Umrechnung der vorhandenen Aggregate geschehen.

Als Basisjahr wurde 1936 ausgewählt. Für dieses Jahr konnten u. a. die fortgeschriebene Umsatzsteuerstatistik 1935, die Industrienerhebung 1936 und zurückgerechnete Untersuchungsergebnisse zur Kostenstruktur einzelner Wirtschaftszweige für das Jahr 1937 genutzt werden.⁹²⁾ Auf der Verwendungsseite konnte der Private Verbrauch nur als Differenzgröße von Sozialprodukt und Staatsverbrauch bzw. Investitionen ermittelt werden. Allerdings wurde versucht, die privaten Verbrauchsausgaben auch zur Kontrolle direkt zu rechnen.⁹³⁾ Der Außenbeitrag (Exporte abzüglich Importe von Waren und Dienstleistungen) blieb bei der Verwendungsrechnung völlig unberücksichtigt.

In einer zweiten Rechenphase wurden dann die für das gesamte Reichsgebiet ermittelten Ergebnisse der Sozial-

produktsberechnung schätzungsweise auf die Gebietsabgrenzungen nach dem Krieg (Vereinigtes Wirtschaftsgebiet, französisch besetzte Zone und Berlin) aufgeteilt, um eine geeignete Fortschreibungsbasis für die Nachkriegsjahre zu bekommen. Restgrößen waren hier die spätere sowjetisch besetzte Zone und die nach dem Krieg verlorenen Ostprovinzen.

Der sicherlich schwierigste Teil war dann die Fortschreibung der Ergebnisse für 1936 auf die Zeit nach der Währungsreform (Juni 1948). Eine völlig eigenständige Neuberechnung für die Nachkriegsjahre wurde letztlich erst 1957 realisiert: „Im Laufe der Zeit konnte die behelfsmäßige Berechnung durch weitere Indices und absolute Zahlen aus Nachkriegsstatistiken ständig verbessert werden. Aber erst die Ergebnisse der (totalen) Umsatzsteuerstatistiken für 1950 und 1954 der Kostenstrukturerhebungen 1950 usw. machten es – zusammen mit zahlreichen anderen Statistiken – möglich, die Sozialproduktsberechnung *völlig* von der Vorkriegsbasis zu lösen und *auf Nachkriegsdaten umzustellen*.“⁹⁴⁾

Die Berechnungsmethoden, die bei der Fortschreibung der Ergebnisse von 1936 mithilfe von Volumen- und Preisindizes bis zu den Jahren ab 1. Halbjahr 1948 angewandt wurden, sind – soweit wir es wissen – niemals eingehend beschrieben worden. Die Schätzannahmen müssen wohl zwangsweise mehr oder weniger abenteuerlich gewesen sein. Auf die Schwierigkeiten beim statistischen Neuanfang wurde bereits hingewiesen. Statistische Angaben aus der Kriegszeit waren als „geheim“ eingestuft worden und wurden durch Bombenangriffe, die auch das Statistische Reichsamt in Berlin trafen, weitgehend vernichtet. Aber auch die ersten Nachkriegsjahre verliefen noch chaotisch. Abgesehen von den ersten, noch unzulänglichen Versuchen, neue Statistiken einzuführen, machte vor allem das hohe Ausmaß der Schwarzarbeit und des Schwarzhandels eine einigermaßen sichere statistische Beobachtung des wirtschaftlichen Geschehens unmöglich. Erst mit der Einführung der Währungsreform besserte sich die Situation langsam.

Es war daher sehr mutig, bereits im Juli 1949 erste Daten für 1948 zu veröffentlichen. Dazu hat sicherlich beigetragen, dass sich inzwischen auch andere Stellen anboten, das Sozialprodukt zu schätzen.⁹⁵⁾ Fürst und Bartels wollten sich aber nicht bei dieser für sie zentralen Aufgabe das Heft aus der Hand nehmen lassen. Beide hatten ein besonders großes persönliches Interesse für Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen entwickelt. Sie wurden als „Krönung ihrer statistischen Arbeit“⁹⁶⁾ angesehen und entsprachen ihrem systematischen Denken. Außerdem hatten beide das ausgeprägte Selbstbewusstsein, dass sie in einem statistischen Amt diese Arbeit besser machen konnten als andere amtliche oder wissenschaftliche Institutionen.

90) Schörry, O., Fußnote 88, WiSta 9/1949, hier: S. 256.

91) Siehe Schörry, O., Fußnote 88, WiSta 4/1949, und Statistisches Bundesamt: „Das Volkseinkommen und Sozialprodukt des Vereinigten Wirtschaftsgebietes im Jahr 1936 und im zweiten Halbjahr 1948“, Statistische Berichte, Nachdruck der Arb. Nr. II/B/1, 22. September 1949.

92) Siehe Statistisches Bundesamt, Fußnote 91, hier: S. 21. Zu den Vorkriegsberechnungen siehe auch Grünig, F., Fußnote 10, und Jostock, P.: „Von den ersten Volkseinkommensberechnungen bis zur volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung“ in Allgemeines Statistisches Archiv, 1952, S. 130 ff.

93) Siehe Statistisches Bundesamt, Fußnote 91, hier: S. 25 f.

94) Bartels, H./Raabe, K.-H./Schörry, O.: „Die Neuberechnung des Sozialprodukts für die Bundesrepublik Deutschland – Ergebnisse für die Jahre 1950 bis 1954“ in WiSta 3/1957, S. 123 f.

95) Siehe das bereits zitierte Interview mit Frau Dr. Bartels in diesem Band (Fußnote 51) – Ergänzung der Redaktion.

96) Fürst, G., Fußnote 36, hier: S. 435.

Diese Einstellung wird in einer Episode deutlich, die Helmut Meinhold in einem rückblickenden Brief an Hildegard Bartels schildert: „Es war 1948 (oder auch Anfang 1949). Wir mussten für den Marshall-Plan ein ganzes Buch von Zahlen (für die Bizone) ausfüllen – der zentrale Fragebogen war volkswirtschaftliche Gesamtrechnung – und die gab es doch gar nicht, schon überhaupt nicht für die Bizone. Aber die Zahlen mussten nach Paris. Da habe ich denn (innerhalb von zwei Stunden) aus Vorkriegszahlen für das Deutsche Reich auf die Bizone heruntergerechnet und von da aus, wie gefordert, auf 1948 – 52 extrapoliert. Natürlich wurdet Ihr alle böse – Günter Keiser, Eduard Wolf, Gerhard Fürst. Sie aber blieben ruhig: ‚Auch ich kann keine guten Zahlen liefern – aber bessere als Dr. Meinhold bekommen wir immer noch zusammen und wenn es sein muss, bis übermorgen. Bloß Ihr müsst Euch dabei bewusst bleiben, dass es sich um Schätzungen handelt. So bald wie möglich machen wir dann stattdessen eine Statistik.‘“⁹⁷⁾

Die methodischen Schwierigkeiten bei den ersten Sozialproduktberechnungen zeigten sich vor allem auf der Verwendungsseite des Sozialprodukts. Bei der Ermittlung des Staatsverbrauchs blieb zunächst die Frage offen, ob nicht ein Teil der unentgeltlichen staatlichen Leistungen als „volkswirtschaftliche Produktionskosten“ (d. h. als Vorleistungen anderer Bereiche) anzusehen ist. „Nach dieser Auffassung schützt z. B. die Polizei nicht nur den Bürger als ‚Privatmann‘, der polizeiliche Schutz ist vielmehr auch für die Sicherheit und den ungestörten Verlauf der Produktion notwendig.“⁹⁸⁾ Entsprechend war bei den Berechnungen des Volkseinkommens in der Vorkriegszeit verfahren worden.

Eine genauere Definition der Investitionen wurde erst in dem dritten Aufsatz von Schörry gegeben.⁹⁹⁾ Die Investitionsberechnungen konnten sich dabei auf Arbeiten des ERP-Arbeitskreises „Geld-, Kredit- und Finanzwesen“ und des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften stützen.

Am schwierigsten stellte sich die Darstellung des Außenhandels dar, die bei den Vorkriegsberechnungen des Volkseinkommens noch nicht nötig gewesen war. Zunächst bestanden Unsicherheiten, ob und in welcher Weise die Außenhandelsströme überhaupt bei der Sozialproduktberechnung zu berücksichtigen seien.¹⁰⁰⁾ In dem zweiten Aufsatz von Otto Schörry wurden dann erstmalig genauere Angaben über die Waren und Dienstleistungsströme zwischen dem Bundesgebiet und der übrigen Welt publiziert.¹⁰¹⁾ Die Berechnungen beruhten auf der Zahlungsbilanz, die von der

Bank Deutscher Länder aufgestellt wurde. Die größte Schwierigkeit bestand darin, dass in der Nachkriegssituation auch der sogenannte Interzonenhandel berücksichtigt werden musste. Vergleichsgrößen zur Vorkriegssituation waren hier nicht möglich. Die veröffentlichten Ergebnisse zeigen, dass zunächst die Importe höher als die Exporte waren. Finanziert wurde dieses Defizit im Wesentlichen durch die Auslandshilfe, vor allem durch ERP-Mittel.

Erste Kontroversen über die Berechnungsergebnisse des Amtes

Bei den ersten Sozialproduktberechnungen wurden für den Vergleich der Vor- und Nachkriegszeit stets reale, das heißt preisbereinigte Größen verwendet. In einem bereits im Juniheft 1949 von „Wirtschaft und Statistik“ veröffentlichten Aufsatz über „Reallohn und Sozialprodukt“ versuchte Hildegard Bartels, die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Beziehung zu der preisbereinigten Entwicklung der Lohn-einkommen von Arbeitern zu setzen.¹⁰²⁾ Sie kam zu dem Ergebnis, dass „die Industriearbeiterschaft sich einen größeren Anteil am Sozialprodukt sichern konnte, als es bei der durchschnittlichen Senkung des Sozialprodukts [seit 1938, Anmerkung des Autors] zu erwarten war.“¹⁰³⁾ Gleich in ihrer Vorbemerkung betonte sie allerdings: „Das Amt bittet, diesen Beitrag als das zu nehmen, was er ist: als einen Versuch, eine Vorstellung von den wichtigsten Größenordnungen zu geben.“¹⁰⁴⁾

Trotzdem löste der Beitrag von Bartels eine längere methodische Kontroverse aus. Sehr kritisch äußerte sich das Wirtschaftswissenschaftliche Institut der Gewerkschaften (WWI). In einem von Rolf Wagenführ verfassten Schreiben vom 9. Juli 1949 an die Fraktionen des Wirtschaftsrates warf das Institut dem Statistischen Amt schwere methodische Fehler vor.¹⁰⁵⁾ Gerhard Fürst antwortete am 16. Juli in scharfer Form.¹⁰⁶⁾ Er verurteilte vor allem die Politisierung der Kontroverse: „Es ist dem Statistischen Amt nicht recht verständlich, warum die wissenschaftliche Diskussion über die Berechnung von Preisindexziffern und ihre Anwendbarkeit für Reallohnberechnungen sowie die schwierigen Probleme der Feststellung der Größe des Sozialprodukts aus einer wissenschaftlichen Sphäre, in die sie gehören, durch einen Antrag an die Fraktionen auf die politische Ebene verlagert werden.“¹⁰⁷⁾ In einer weiteren Stellungnahme beharrte das WWI auf seiner Kritik: „Das Institut hält an der begründeten Meinung fest, dass der Industriearbeiter heute noch einen

97) Brief von Meinhold, H., an Bartels, H., vom 2. Oktober 1988 (Mitteilung von Bartels, H., an den Autor).

98) Schörry, O., Fußnote 88, WiSta 4/1949, hier: S. 95. Siehe noch Anfang der 1950er-Jahre Bartels, H., Fußnote 43, hier: S. 223 f., sowie dies.: „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen und Sozialproduktberechnung in der Bundesrepublik“ in Allgemeines Statistisches Archiv, Band 36, S. 149.

99) Siehe Schörry, O., Fußnote 89, hier: S. 108 f. Siehe hierzu die kritischen Anmerkungen von Dr. Huppert, der seit 1950 Leiter des Referats 82 „Volkswirtschaftliche Bilanzen“ in der Bank Deutscher Länder war (siehe Historisches Archiv der Deutschen Bundesbank, Geschäftsverteilungsplan vom 1. September 1950, und B 330/3402, Vermerk vom 3. November 1950).

100) Siehe Schörry, O., Fußnote 88, WiSta 4/1949, hier: S. 98.

101) Siehe Schörry, O., Fußnote 88, WiSta 9/1949, hier: S. 257.

102) Siehe Bartels, H.: „Reallohn und Sozialprodukt“ in WiSta 3/1949, S. 66 ff.

103) Bartels, H., Fußnote 102, hier: S. 69.

104) Bartels, H., Fußnote 102, hier: S. 66.

105) Siehe das Schreiben von Rolf Wagenführ vom 11. Juli an den bizonalen Gewerkschaftsrat z. Hd. Herrn Rosenberg mit den Stellungnahmen als Anlage (Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung Bonn, DGB-Archiv, Gewerkschaftsrat, 5/DGAB 000119, Nr. 49-60). Die Stellungnahme erschien dann auch in Wirtschaftswissenschaftliches Institut der Gewerkschaften: „Reallohn und Sozialprodukt“ in Gewerkschaftliche Praxis, Informationsdienst für Mitarbeiter im DGB, hrsg. vom Deutschen Gewerkschaftsbund, 3. Jahrgang, Heft 8, August 1949.

106) Siehe Bundesarchiv B 102/13400a, Heft 2.

107) Bundesarchiv B 102/13400a, Heft 2.

geringeren Anteil am Sozialprodukt hat als 1938; dieses Schicksal teilt er mit den übrigen Arbeitnehmergruppen, von den Flüchtlingen, Rentnern usw. gar nicht zu reden.“¹⁰⁸⁾

Kritik kam auch von der Wissenschaft. Im „Allgemeinen Statistischen Archiv“ forderte Oskar Anderson, Professor an der Universität München, „Mehr Vorsicht mit Indexzahlen“.¹⁰⁹⁾ In einer Replik, die er als „Stoßseufzer oder eine Art Ehrenrettung für den statistischen Praktiker“ bezeichnete, wies Gerhard Fürst auf die großen Schwierigkeiten hin, die sich in den Nachkriegsjahren für die statistische Praxis ergaben: „Die Theoretiker und Hochschuldozenten haben es... wirklich leicht, Kritik zu üben, weil sie vielfach nicht ermes- sen können, unter welchen widrigen Umständen der prakti- sche Statistiker in den letzten Jahren arbeiten, mit welchen Schwierigkeiten er sich herumschlagen und welche Verant- wortungen er übernehmen musste. Statistische Ämter sind nun einmal Teile der staatlichen Regierung und Verwaltung und keine wissenschaftlichen Einrichtungen, woraus ich keinesfalls die Folgerung ziehe, dass sie unwissenschaft- lich arbeiten sollten. Aber sie können es sich um der Verant- wortung willen häufig nicht leisten, eine Anfrage nach den Größenordnungen wirtschaftlicher Tatbestände mit einem glatten Nein zu beantworten, wie es Professor Anderson for- dert.“¹¹⁰⁾

Als Beispiel für die schwierige Lage der amtlichen Statis- tik führt Gerhard Fürst die ersten Berechnungen des Sozial- produkts an: „Soll... der amtliche Statistiker sich weigern, eine Schätzung des Sozialprodukts durchzuführen, weil so gut wie alle genauen Unterlagen für eine solche Berechnung noch fehlen, eine solche Schätzung aber für Marshallplan- Zwecke verlangt und gebraucht wird? Der Statistiker weiß genau, dass seine Weigerung nur dazu führt, dass eine mit Mängeln behaftete, aber nach bestem Wissen und Gewis- sen auf Grund aller erdenklichen und greifbaren Unter- lagen durchgeführte deutsche Schätzung durch eine vielleicht nicht so sorgfältige Berechnung von Seiten der Besatzungs- mächte ersetzt werden würde.“¹¹¹⁾

Auf der Sitzung des ERP-Arbeitskreises am 12. Oktober 1949 wurde die bisher nur schriftlich ausgetragene Kon- troverse zwischen dem Statistischen Amt und dem WWI mit den Beteiligten diskutiert und wohl auch bereinigt.¹¹²⁾ Die Vertreter des Bundesministeriums für Wirtschaft¹¹³⁾ hatten großes Interesse daran, vor allem eine öffentliche Diskus- sion zu dem Thema zu beenden und einvernehmliche Schät- zungen über die volkswirtschaftlichen Eckgrößen zu errei- chen. Mehr und mehr wurde in den nächsten Jahren, vor

allem auch durch die enge Zusammenarbeit im ERP-Arbeits- kreis „Volkswirtschaftliche Bilanzen“, das Expertenwissen der wirtschaftswissenschaftlichen Institute schon im Vorfeld von amtlichen Schätzungen des Sozialprodukts genutzt.

Erste Überlegungen zum Kontensystem

Bei dem gemeinsamen Besuch der Tagung der *Internation- al Association for Research in Income and Wealth* in Cambridge im August 1949 bekamen Hildegard Bartels und Gerhard Fürst erste Eindrücke von der internationa- len Diskussion über Volkswirtschaftliche Gesamtrechnun- gen, insbesondere von den konzeptionellen Vorschlägen Richard Stones zur Einführung eines Kontensystems. Bar- tels und Fürst stellten – wie bereits erwähnt – auf dieser Konferenz in ihrem Beitrag „Social accounts and calcula- tion of national accounts in Germany (Bizonal area)“ auch den Stand der deutschen Arbeiten vor. Von der Verwaltung für Wirtschaft nahm Helmut Meinhold mit einem Beitrag über „Analysis of the national income in Western Germany“ teil.¹¹⁴⁾ Auf der Sitzung des ERP-Arbeitskreises „Volkswirt- schaftliche Bilanzen“ am 12. Oktober 1949 berichtete Fürst von der Cambridge-Tagung.¹¹⁵⁾

Sehr hilfreich war sicher auch der Besuch des norwegischen Statistikers Odd Aukrust, einem der Pioniere der Volkswirt- schaftlichen Gesamtrechnungen, der am 15. Dezember 1949 auf einer gemeinsamen Sitzung des ERP-Arbeitskrei- ses „Volkswirtschaftliche Bilanzen“ und des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen“ der Arbeitsge- meinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Insti- tute einen Vortrag über die Organisation, die Aufgaben und den Stand der Arbeiten der National Accounts Research Unit der OEEC in Cambridge hielt.¹¹⁶⁾ Aukrust erläuterte die Grundzüge der damals noch vorläufigen Fassung des *Sim- plified System of National Accounts*, das im April 1950 veröffentlicht und – wie bereits erwähnt – dann auch ins Deutsche übersetzt wurde.

Als Ergebnis der ersten internationalen Kontakte können die Überlegungen von Bartels und Fürst zur Preismessung im volkswirtschaftlichen Güterkreislauf im Dezemberheft 1949 von Wirtschaft und Statistik angesehen werden.¹¹⁷⁾ Die beiden Autoren weisen darin auch auf die schwierige Ausgangssituation für deutsche Gesamtrechner hin: „Die statistische Erfassung des volkswirtschaftlichen Güterkreis-

108) Wirtschaftswissenschaftliches Institut der Gewerkschaften: „Reallohn und Sozialprodukt. Eine Auseinandersetzung mit dem Statistischen Amt des Vereinigten Wirtschaftsgebiets“ in Mit- teilungen des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften, Heft 7, 1949, S. 18.

109) Siehe Anderson, O.: „Mehr Vorsicht mit Indexzahlen!“ in Allgemeines Statistisches Archiv, 1949, S. 472 ff.

110) Fürst, G.: „Mehr Vorsicht bei der Beurteilung behelfsmäßiger Berechnungen – Replik zu dem vorstehenden Aufsatz ‚Mehr Vorsicht bei Indexzahlen‘, Allgemeines Statistisches Archiv, 1949, S. 480 ff., hier: S. 480.

111) Fürst, G., Fußnote 110, hier: S. 481.

112) Siehe Bundesarchiv B 102/13400a Heft 2.

113) Im September 1949 war das Bundesministerium für Wirtschaft eingerichtet worden. Die Verwaltung für Wirtschaft wurde im Laufe des Jahres 1950 aufgelöst (siehe Vogel, W., Fußnote 16, hier: S. 129).

114) Das Programm der Veranstaltung und der Beitrag von Fürst, G./Bartels, H.: „Social Accounts and Calculation of National Income in Germany (Bizonal Area)“ sind als Anhang zu dem bereits erwähnten Interview mit Frau Dr. Bartels in Band 4 der Reihe „Kategorien der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen“ veröffentlicht (siehe auch Fußnote 45) – Ergänzung der Redaktion. Siehe auch Bartels, H./Fürst, G.: „Preisindices im Volkswirtschaftlichen Güterkreislauf“ in WiSta 9/1949, S. 261 ff., hier: Fußnote 1, S. 261.

115) Siehe Bundesarchiv Koblenz B 102/13400a Heft 2.

116) Siehe den Bericht von Hildegard Bartels (Historisches Archiv der Deutschen Bundesbank, B 330/3361). Zu Odd Aukrust siehe auch das schon erwähnte Interview mit Frau Dr. Bartels mit Angaben zu seiner Person.

117) Siehe Bartels, H./Fürst, G., Fußnote 114.

laufs im Rahmen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen steht noch sehr am Anfang. Wichtige Vorarbeiten sind von Holland, den angelsächsischen und den skandinavischen Ländern geleistet worden. Die deutsche amtliche Statistik beschäftigt sich nach längerer Unterbrechung nunmehr auch wieder mit diesen Fragen, vorläufig allerdings erst mit sehr bescheidenen Mitteln und mangelhaften Unterlagen.“¹¹⁸⁾

In ersten, aus späterer Sicht noch sehr unbeholfenen Schemata und Kreislaufdiagrammen verdeutlichen Bartels und Fürst die gesamtwirtschaftlichen Wirtschaftsbeziehungen zwischen den verschiedenen wirtschaftlichen Bereichen bzw. Funktionen. Das spätere detaillierte Kontensystem, ein Glanzpunkt der deutschen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, ist hier allerdings bereits „in nuce“ (in einer Nussschale) enthalten.

Das ereignisreiche Jahr 1949 konnte damit erfolgreich abgeschlossen werden. Es hatte im Januar mit ersten tastenden methodischen Schritten von Otto Schörry begonnen, brachte im Sommer die ersten amtlichen Berechnungen des Sozialprodukts, verstrickte das Amt gleich in Kontroversen mit Forschungsinstituten und der Wissenschaft und vermittelte wertvolle erste internationale Kontakte durch die Teilnahme an der Cambridge-Konferenz sowie den Besuch internationaler Experten. Alexander Nützenadel spricht in seinem Buch „Stunde der Ökonomen“ von einem schlep-penden Aufbau der amtlichen nationalen Buchführung.¹¹⁹⁾ Wenn wir das Jahr 1949 zugrunde legen, sollte man wohl eher von einem rasanten Beginn sprechen. [u](#)

Unveröffentlichte Quellen

(die allerdings für diese Ausarbeitung genutzt werden konnten – Anmerkung der Redaktion)

Bundesarchiv Koblenz

Z 8 Verwaltung für Wirtschaft
B 102 Bundesministerium für Wirtschaft
B 128 Statistisches Bundesamt

Historisches Archiv der Deutschen Bundesbank Frankfurt a. M.

B 330 Schriftgut der Dienststelle des Direktoriums

Archiv für soziale Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung Bonn

5/DGAB DGB-Archiv Gewerkschaftsrat der vereinigten Zonen

Anhang

Statistisches Amt des Vereinigten Wirtschaftsgebietes
Abt. II Dr. Sch [Schörry]/Kg.¹²⁰⁾
Wbn. [Wiesbaden] – Biebrich, den 20.1.1949

Die Berechnung des Volkseinkommens (Sozialprodukt)

Vorbemerkung

Die vorliegende kurze Darstellung des zuständigen Referenten des Statistischen Amtes über Begriff und Berechnungsmethode und die Darlegung der Pläne und Möglichkeiten für die Berechnung des Volkseinkommens ist zunächst als Diskussionsgrundlage gedacht, die allen beteiligten oder interessierten Stellen Gelegenheit geben soll, zustimmende oder abweichende Auffassungen rechtzeitig zur Geltung zu bringen.

Begriff

Mit der Berechnung des Volkseinkommens oder des Sozialprodukts sucht man einen zusammenfassenden Ausdruck für das Ergebnis der wirtschaftlichen Tätigkeit eines Jahres, für die Leistung einer Volkswirtschaft oder die jährliche Versorgung eines Volkes mit Gütern und Annehmlichkeiten des Lebens.

Real gesehen besteht dieses Ergebnis der wirtschaftlichen Tätigkeit, „das Sozialprodukt“, aus der inländischen Erzeugung von Gütern und Diensten zuzüglich der Einfuhr abzüglich der Ausfuhr. Das Sozialprodukt kann entweder verbraucht oder investiert werden.

Die Wertsumme des Sozialprodukts setzt sich zusammen aus den Wertbeiträgen, der *Wertschöpfung* der einzelnen Produktions- und Verteilungsstufen, welche die Produkte durchlaufen haben, und dem Wertschöpfungsbeitrag des Auslandes. In der Wertsumme sind zunächst auch die Wertäquivalente enthalten, die aus der Nutzung der vorhandenen Produktionseinrichtungen in die Werte der produzierten Güter und Dienste übergegangen sind; mit anderen Worten: in der Wertsumme des *Brutto-Sozialprodukts* (Gross national product) sind aufgelöste Vermögens- oder Kapitalteile enthalten. Durch Abzug der notwendigen Abschreibungen auf das Kapital ergibt sich aus dem Brutto-Sozialprodukt das *Netto-Sozialprodukt*, das gleich ist der Summe der Einkommen, die bei der Produktion von Gütern und Diensten entstanden sind, also dem *Volkseinkommen*.

Unter Netto-Sozialprodukt oder Volkseinkommen versteht man demnach die Gesamtheit der in Geld bewerteten Güter und Dienstleistungen, die einer Volkswirtschaft nach Erhaltung des anfänglichen Vermögensstandes jährlich für Verbrauch und Investitionen zur Verfügung stehen.

Aus der Begriffsbestimmung ergibt sich:

- I dass Substanzverzehr durch Auflösung von Vorräten, Unterlassen von Investitionen usw. nicht im Netto-Sozialprodukt oder Volkseinkommen eines Jahres enthalten sein darf,
- II dass die Berechnung des Netto-Sozialprodukts oder Volkseinkommens so weit geht, wie Geldrechnung möglich oder üblich ist. Dass also Leistungen, die üblicherweise nicht in Geld

118) Bartels, H./Fürst, G., Fußnote 114, hier: S. 261.

119) Siehe Nützenadel, A., Fußnote 70, hier: S. 108.

120) Bemerkung von Carsten Stahmer: Diese von Dr. Otto Schörry verfasste interne Unterlage stammt aus dem Historischen Archiv der Deutschen Bundesbank (B 330/3352) und wird mit freundlicher Genehmigung des Archivs hier (in Band 4 der Reihe „Kategorien der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen“ – Ergänzung der Redaktion) erstmals veröffentlicht. Schreibweise, Interpunktion und Hervorhebungen wurden behutsam den gegenwärtig üblichen Regeln angepasst. Zusätze von Carsten Stahmer sind durch eckige Klammern gekennzeichnet.

bewertet werden, d. h. die zwar einen Wert aber keinen Preis haben, wie etwa die Leistungen der Hausfrau, im Allgemeinen nicht in die Berechnung einbezogen werden.

Berechnungsmethoden

Das Sozialprodukt tritt an drei Stellen des wirtschaftlichen Kreislaufes in Erscheinung. Es wird produziert, geht als Leistungseinkommen aus der Produktion in die Verfügungsmacht der an der Produktion beteiligten Produktionsfaktoren über und wird von diesen zum Verbrauch oder zur Investition verwendet.

Man kann deshalb das Netto-Sozialprodukt oder Volkseinkommen nach drei Methoden berechnen:

- I Als Summe der Wertschöpfung der einzelnen Bereiche der Wirtschaft bei der Produktion von Gütern und Diensten, d. h. als Summe der Nettoproduktionswerte
- II Als Summe der aus der Produktion von Gütern und Dienstleistungen fließenden Einkommen
- III Als Summe von Verbrauchsausgaben und Ersparnissen bzw. Neuinvestitionen

Die drei Berechnungsmethoden ergeben die gleiche Größe Netto-Sozialprodukt oder Volkseinkommen in verschiedener Gliederung.

Methode I nach Produktionsbereichen (Landwirtschaft, Industrie usw.)

Methode II nach Produktionsfaktoren oder Einkommensarten (Lohn, Gehalt, Zins)

Methode III nach der realen Zusammensetzung und Verwendung (Konsumgüter, Investitionsgüter, Dienste)

Es empfiehlt sich deshalb die drei Berechnungsmethoden auch sprachlich zu differenzieren und das Ergebnis der Berechnung I als „Netto-Sozialprodukt“, das Ergebnis der Berechnung II als „Volkseinkommen“ und das Ergebnis der Berechnung III als „Verwendung des Volkseinkommens“ zu bezeichnen.

Schemata

Methode I Netto-Sozialprodukt (Wertschöpfung)

- A. Nettoproduktionswert der Gütererzeugung
 - I Land- und Forstwirtschaft
 - II Industrie
 - III Handwerk
- B. Nettoproduktionswert der Dienste
 - I Handel, Geld- und Versicherungswesen
 - II Wohnungswesen
 - III Sonstige Dienste (freie Berufe)
 - IV Verkehr
 - V Öffentliche Verwaltung – Sozialversicherung
- C. Wertschöpfungsbeitrag des Auslands.

Methode II Volkseinkommen

- A. Privateinkommen
 - Einkünfte aus Lohn und Gehalt
 - Renten und Pensionen

Unternehmertätigkeit (Gewinn)

Land- und Forstwirtschaft

Handel und Gewerbe

Kapitalvermögen (Zinsen)

Vermietung und Verpachtung

- B. Öffentliche Erwerbseinkünfte
- C. In den Privateinkommen noch nicht enthaltene Steuern

Methode III Volkseinkommensverwendung

- A. Verbrauchsausgaben
 - dauerhafte Güter
 - Verbrauchsgüter
 - Dienstleistungen einschl. Steuern
- B. Neuinvestitionen
 - Bauten
 - Produktionsanlagen
 - Verkehrsanlagen
 - Vorräte
- C. Saldo der Einnahmen und Ausgaben für Güter und Dienstleistungen im Verkehr mit dem Ausland
- D. Abzüglich indirekte Steuern

Das Ausland braucht nur bei Methode I und III gesondert berücksichtigt zu werden. Bei der Methode II sind die Einkommen, die aus dem Ausland der heimischen Volkswirtschaft zufließen, bei den Einkommensempfängern in der Summe ihrer Gesamteinkommen mit erfasst.

Bei der Methode I muss die Wertschöpfung des Auslandes, die der heimischen Volkswirtschaft zur Verfügung stand, zugesetzt, derjenige Teil der inländischen Wertschöpfung, der dem Ausland zur Verfügung stand, abgesetzt werden. Es muss also der Saldo der Zins- und Lohnzahlung im Verkehr mit dem Ausland in die Rechnung einbezogen werden.

Die Leistungen für Reparationen und Besatzungskosten sind als Bestandteil des deutschen und nicht des ausländischen Volkseinkommens zu betrachten. Sie dürfen deshalb vom deutschen Volkseinkommen nicht abgezogen, sondern müssen als Verwendung des Volkseinkommens angesehen werden.

Bei der Methode III muss der Saldo der Einnahmen und Ausgaben für Güter und Dienste im Verkehr mit dem Ausland in die Rechnung eingesetzt werden.

Zum Volkseinkommen oder Sozialprodukt gehören unbestritten auch die Leistungen der öffentlichen Verwaltung.

Die Einordnung dieser Leistungen ist einfach bei den öffentlichen Erwerbsbetrieben, die sich nur durch die Eigentumsverhältnisse von Privatunternehmungen unterscheiden. Die Besonderheit der öffentlichen Finanzwirtschaft führt dagegen bei der Berechnung des Wertes der öffentlichen Verwaltungsleistungen innerhalb der Methode II zu besonderen Schwierigkeiten, weil sich der Wert dieser Leistungen nicht wie die Leistungen der privaten Wirtschaft am Preis, sondern nur an den Kosten messen lässt.

Bei der Berechnung des Sozialprodukts nach Methode I wird die öffentliche Verwaltung gesondert ausgewiesen. Sie erscheint, wie

die übrigen Bereiche der Volkswirtschaft, mit ihrem Nettoproduktionswert (Löhne, Gehälter, Zinsen) in der Rechnung.

In der Berechnung nach Methode III sind die Leistungen der öffentlichen Hand in den Verbrauchsausgaben und Neuinvestitionen der öffentlichen Verwaltung in der Gesamtsumme enthalten.

Bei der in Deutschland bisher üblichen Berechnung nach Methode II geht man von dem Gedanken aus, dass die Leistung der öffentlichen Verwaltung sich aufteilen lassen:

- 1) in Leistungen, die der Produktionswirtschaft zugutekommen (wie z. B. Unterhaltung der Straßen)
- 2) in Leistungen, die der Verbrauchswirtschaft zugutekommen (wie z. B. die Wohlfahrtspflege).

Die der Produktionswirtschaft zugutekommenden Leistungen der öffentlichen Verwaltung stellen sozusagen volkswirtschaftliche Produktionskosten dar. Ihr Wert, d. h. ihre Kosten, sind im Produktionswert enthalten und bei der Summierung der privaten Einkommen dadurch erfasst, dass die Bruttoeinkommen (vor Abzug der Einkommensteuer) erfasst werden.

Die der Verbrauchswirtschaft zugutekommenden Leistungen der öffentlichen Verwaltung werden als Einkommensverwendung betrachtet. Der Gegenwert dieses Teils der öffentlichen Ausgaben (des „verwendeten“ Einkommens) muss also noch dem Volkseinkommen zugeschlagen werden, um das Gesamteinkommen bzw. die Gesamtleistungen der öffentlichen Verwaltung zu erfassen. Es wird deshalb ein Posten „in den Privateinkommen noch nicht enthaltene Steuern“ zugesetzt.

Ein besonderes Problem bildet bei der Methode II auch die Ausschaltung der Einkommensübertragung (Einkommen ohne Leistung zum Sozialprodukt), insbesondere der durch Vermittlung der öffentlichen Verwaltung erfolgenden.

Die Berücksichtigung des *Substanzverkehrs* durch unzureichende Ersatzinvestitionen und Vorratsauflösung ergibt sich bei der Methode III automatisch dadurch, dass die Neuinvestitionen negative Werte ergeben und somit von den Verbrauchsausgaben abgezogen werden müssen.

Bei den Methoden I und II kann Substanzverzehr dadurch in der Rechnung enthalten sein, dass die Gewinne als Bestandteil des Nettoproduktionswertes oder als Einkommen aus Unternehmertätigkeit infolge unzureichender Abschreibungen zu hoch angesetzt sind. Der negative Saldo der Investitionen muss dann von dem Ergebnis abgesetzt werden.

Der umgekehrte Fall, dass Neuinvestitionen, also Einkommensverwendung als Kosten vom Einkommen abgesetzt, die Einkommen also zu niedrig angegeben werden, beleuchtet die Tatsache, dass die Ergebnisse jeder Berechnung, die auf Steuerstatistiken aufbaut, in ihrer absoluten Höhe von Steuerhinterziehung beeinflusst sind. Die beiden anderen Berechnungsmethoden sind deshalb eine wertvolle Kontrolle der Ergebnisse der Berechnung III.

Alle drei Berechnungsmethoden müssen theoretisch zum gleichen Ergebnis führen und kontrollieren sich gegenseitig.

Zwischen den Ergebnissen der Berechnung I und den beiden anderen Berechnungen entsteht zunächst dadurch eine Differenz, dass die Berechnung I das Sozialprodukt zu Produktionskosten (ohne indirekte Steuern) ermittelt, während die Berechnungen II und III das Sozialprodukt zu Marktpreisen ergeben. Von den Verbrauchsausgaben (Berechnung III) müssen deshalb, um auf die Produktionskosten zu kommen, die indirekten Steuern abgezogen werden (die direkten Steuern werden als Verbrauchsausgaben angesehen). Bei der Berechnung II dürfen bei dem Posten „in den Privateinkom-

men noch nicht enthaltene Steuern“ die indirekten Steuern nicht mitgezählt werden.

Bisherige Berechnung in Deutschland

In Deutschland wurde bisher das Volkseinkommen nach der Methode II anhand der Steuerstatistik berechnet, weil das Fehlen ausreichender Produktionsstatistiken die Anwendung der Methode I unmöglich machte.

Im gegenwärtigen Zeitpunkt reichen die Steuerstatistiken zur Anwendung der Methode II nicht aus, dagegen ist seit 1936 für einen wichtigen Bereich der Wirtschaft, nämlich die Industrie, eine Produktionsstatistik vorhanden. In Zukunft soll deshalb das Volkseinkommen bzw. Sozialprodukt nach der Methode I berechnet werden, bis die Steuerstatistiken eine weitere Berechnung nach Methode II ermöglichen.

Daneben soll durch den gleichzeitigen Ausbau der Investitionsstatistik wenigstens eine allgemeine Aussage über die Verwendung des Volkseinkommens nach den beiden großen Gruppen – Verbrauch und Investitionen – ermöglicht werden.

Plan für die künftige Berechnung des Volkseinkommens bzw. Sozialprodukts nach der Methode I

Bei der Berechnung des Volkseinkommens als Summe der Nettoproduktionswerte kann man den Nettoproduktionswert entweder aus seinen Elementen

Löhne, Gehälter, Pensionen
Zinsen
Gewinne

aufbauen oder als Differenz zwischen Bruttoproduktionswert und Vorleistungen ermitteln, d. h. vom Bruttoproduktionswert die Kosten der verbrauchten Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, die Abschreibungen, Mieten, Steuern usw. abziehen, je nachdem welche Größen verfügbar sind.

Da im Allgemeinen die großen statistischen Erhebungen die für die Berechnung des Volkseinkommens wichtigen Größenordnungen nicht ermitteln, oft auch nicht ermitteln können, wird die künftige Berechnung weitgehend auf *Repräsentativerhebungen* in den wirtschaftlichen Bereichen aufgebaut werden müssen, d. h. die Elemente des Nettoproduktionswertes müssen bei ausgewählten Betrieben ermittelt werden.

Wichtige und wertvolle Unterlagen für die Berechnung des Sozialprodukts nach der Methode I sind auch Untersuchungen über die Kostenstruktur und Buchführungsergebnisse aus einzelnen Wirtschaftszweigen.

Aus den Ergebnissen der Repräsentativerhebung lassen sich *Nettoquoten* wie der prozentuale Anteil des Nettoproduktionswertes am Bruttoproduktionswert, Nettoproduktionswert in Prozent des Umsatzes, Nettoproduktionswert je beschäftigte Person, je Betrieb usw. errechnen, mit deren Hilfe der Gesamt-Nettoproduktionswert geschätzt werden kann, wenn für jeden wirtschaftlichen Bereich wenigstens *eine* Gesamtgröße (sogenannte Schlüsselgröße) bekannt ist, nämlich

Bruttoproduktionswert
Umsatz
Zahl der Beschäftigten
Zahl der Betriebe usw.

In den einzelnen wirtschaftlichen Bereichen sollen künftig etwa die folgenden Methoden angewandt werden:

Industrie

Der Bruttoproduktionswert der Industrie wird durch die Industrieberichterstattung laufend erfasst. Mitte 1949 wird durch eine Repräsentativerhebung bei ausgewählten Betrieben die Vorleistung ermittelt. Die errechnete Nettoquote (Anteil des Nettoproduktionswertes am Bruttoproduktionswert) wird auf den Gesamt-Bruttoproduktionswert übertragen.

Da die Erhebung nur ausgewählte Betriebe umfassen soll, könnte sie in ihrer Fragestellung etwas weitergehen als die allgemeine Produktionserhebung für 1936 und neben den Kosten der verbrauchten Roh-, Hilfs-, Betriebsstoffe usw. auch die übrigen, nicht zum Nettoproduktionswert gehörenden Kostenbestandteile erfragen, die 1936 nicht ermittelt wurden, nämlich Abschreibungen, Instandsetzungen durch Handwerksbetriebe, Steuern, Mieten, Pachten, Reklamekosten, Versicherungsspesen, Bankspesen usw., evtl. in einer Summe.

Es wäre dann möglich, die reine Wertschöpfung der Industrie zu ermitteln.

Landwirtschaft

Die für die Berechnung des landwirtschaftlichen Nettoproduktionswertes notwendigen Größen können landwirtschaftlichen Gesamtrechnungen entnommen werden, wie sie früher vom Statistischen Reichsamt und vom Institut für Konjunkturforschung aufgestellt wurden, nämlich den Berechnungen über die Verkaufserlöse und die Betriebsausgaben der Landwirtschaft. Dabei muss allerdings der Eigenverbrauch noch geschätzt werden.

Falls diese Berechnungen noch nicht möglich sind, bleibt nur der Weg über eine Repräsentativerhebung oder über Buchführungsergebnisse, deren Daten über die beschäftigten Personen oder über die Hektar landwirtschaftlicher Fläche zur Gesamtschätzung verwendet werden können.

Handwerk, Handel, Gaststätten

In diesen Bereichen wurden vor dem Kriege durch das Statistische Reichsamt Repräsentativerhebungen über Betriebsstruktur und Kostengestaltung durchgeführt, deren Ergebnisse auch für die Ermittlung der Nettoproduktionswerte verwendbar sind.

Die künftigen Erhebungen zur Berechnung des Nettoproduktionswertes können wesentlich einfacher sein als die früheren Erhebungen des Statistischen Reichsamtes und sich auf die Fragen nach

Umsatz
beschäftigten Personen
Löhnen und Gehältern
Zinsen
Reineinkünften

beschränken.

Als Unterlagen für die Investitionsstatistik können, wie früher bei den Reichsamterhebungen, noch die Fragen nach den Anlagezügen und der Veränderung der Lagerwerte gestellt werden.

Die errechneten Nettoproduktionswerte der erfassten Betriebe können dann auf die Beschäftigten oder, wenn die Umsatzsteuerstatistik bis dahin den Gesamtumsatz nachweist, auf den Umsatz bezogen werden.

Verkehr, Banken und Versicherungen

In einzelnen Verkehrszweigen kann der Nettoproduktionswert des gesamten Verkehrszweiges aus den Geschäftsberichten der Unternehmungen durch Addition seiner Bestandteile ermittelt werden (Reichsbahn, Deutsche Post).

Bei den übrigen Verkehrszweigen (Straßenbahnverkehr, Schifffahrt) sowie bei Banken und Versicherungen lässt sich aus den Bilanzen der in handelsrechtlicher Form betriebenen Gesellschaften der Nettoproduktionswert für einen Ausschnitt berechnen.

Die Ergebnisse des erfassten Ausschnittes können durch verschiedene Schlüsselberechnungen (Anteil der erfassten Gesellschaften an der Verkehrsleistung, an der Streckenlänge, am Kapital, an den beschäftigten Personen) zu einer Gesamtschätzung erweitert werden.

Wohnungswesen

Die Ermittlung des Nettoproduktionswertes in diesem Bereich ist besonders schwierig, weil hier eine Gesamtgröße fehlt, auf welche die Ergebnisse einer Repräsentativerhebung bezogen werden können. Es ist nämlich weder der Bruttoproduktionswert – das sind die Mieteinnahmen – noch die Zahl der Dienstleistenden – das sind die Hauseigentümer und ihre Angestellten – statistisch erfasst oder erfassbar. Dabei muss auch noch der Eigenverbrauch, d. h. der Mietwert der von den Eigentümern selbst genutzten Wohnungen berücksichtigt werden.

Bei der Berechnung kann man zunächst vom Bruttoproduktionswert ausgehen und versuchen, den Mietertrag der Wohnungen zu schätzen. Anhaltspunkte für die Schätzung können vielleicht aus der Wohnungszählung, den Haushaltsrechnungen und der Preisstatistik gewonnen werden. Einen Anhaltspunkt bietet auch die Statistik der Einheitswerte, da die Einheitswerte bei Gebäuden ein Vielfaches der Jahresrohmiere darstellen.

Von dem geschätzten Mietwert (Bruttoproduktionswert) wären dann die Abschreibungen (nach der Investitionsstatistik zu schätzen), die Reparaturen (nach dem Umsatz des Handwerks zu schätzen), die Grund- und Gebäudestatistik, die Gebäudeeinschuldungssteuer (nach der Steuerstatistik), die Versicherungsprämien (nach der Versicherungsstatistik zu schätzen) abzusetzen. Die Restgröße stellt den Nettoproduktionswert (Löhne, Zinsen und Gewinn) des Wohnungswesens dar.

Wenn sich aus der Einkommensteuerstatistik die Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung und aus der Kreditstatistik die Höhe der städtischen Anstaltshypothenken entnehmen lassen, kann man auch versuchen, den Nettoproduktionswert durch Addition zu errechnen. Es muss dann zunächst das Einkommen (der Gewinn) der Hauseigentümer nach der Einkommenssteuerstatistik geschätzt werden. Der Nutzungswert der Eigenwohnung ist darin schon enthalten. Mit einem Durchschnittssatz müssen dann die Zinsen für die Anstaltshypothenken geschätzt und ein Zuschlag für die Zinsen der Privathypothenken gemacht werden. Ein weiterer Zuschlag ist für die Löhne und Gehälter der im Wohnungswesen tätigen Angestellten zu machen. Die Zahl dieser Personen lässt sich aus der Berufszählung entnehmen. Ihre Löhne und Gehälter können mit Hilfe eines Durchschnittssatzes roh geschätzt werden.

Beide Berechnungen sind recht problematisch. Es empfiehlt sich deshalb noch, eine Repräsentativerhebung zu machen, die gleichzeitig wertvolle Aufschlüsse über Wohnungsmieten geben könnte. Die errechnete Nettoquote kann allerdings nur ganz roh, über die Zahl der Wohnungen als Schlüsselgröße, zu einer Gesamtschätzung verwendet werden.

Öffentliche Verwaltung und Sozialversicherung

Die Nettoproduktionswerte der öffentlichen Verwaltung und der Sozialversicherung können nach der Finanzstatistik errechnet werden.

Sonstige Dienste (freie Berufe usw.)

Die Möglichkeit, in diesem Bereich mit Repräsentativerhebungen zu arbeiten, ist außerordentlich gering. Der Anteil der Gruppe am Gesamt-Nettoproduktionswert ist jedoch nicht sehr bedeutend.

Es genügt deshalb, etwa bei den freien Berufen – ähnlich wie beim Wohnungswesen – von den Einkünften aus selbstständiger Berufstätigkeit nach der Einkommensteuerstatistik auszugehen und die Löhne, Gehälter und Zinsen zu schätzen. Die Zahl der bei den freien Berufen beschäftigten Arbeitnehmer kann aus der Berufszählung entnommen werden. Über die Verschuldung der freien Berufe finden sich Angaben in der Statistik der Einheitswerte.

Vorläufige Berechnung des Volkseinkommens für 1948

Die dargelegte Berechnung des Volkseinkommens nach Methode I und die dazu notwendigen Repräsentativerhebungen werden voraussichtlich erst nach längerer Zeit zu Ergebnissen führen und wohl erst für das Jahr 1949 möglich sein.

Um für 1948 zu einer fundierten Schätzung zu kommen, wird der folgende Weg eingeschlagen werden:

Für das Jahr 1936 ist das Volkseinkommen für das gesamte Reich nach der Methode II ermittelt worden. Es wird nun versucht, für 1936 das Volkseinkommen nach den oben entwickelten Methoden zu berechnen, die dadurch auf ihre Verwendbarkeit für die künftige Berechnung geprüft werden. Die Berechnung muss theoretisch zum gleichen Ergebnis führen wie die Berechnung des Statistischen Reichsamtes.

Das Ergebnis für das Gesamtreich muss dann auf die Besatzungszonen aufgeteilt und mit Hilfe verschiedener Indices bis 1948 fortgeschrieben werden. Für die Fortschreibung käme in erster Linie der Produktionsindex in Frage. Dabei würde aber vorausgesetzt, dass sich der Nettoproduktionswert ebenso entwickelt hat wie die Bruttoproduktion, mit anderen Worten, dass die Nettoquoten gleich geblieben sind, was völlig unwahrscheinlich ist.

Bis das Ergebnis der Berechnung vorliegt, werden jedoch auch die ersten Ergebnisse der Repräsentativerhebung bei der Industrie, die Mitte 1949 geplant ist, zur Verfügung stehen und einen Schluss über die Entwicklung der Nettoquoten gegenüber 1936 zulassen.

Es wird dann also möglich sein, zu einer einigermaßen fundierten und vertretbaren Schätzung des Volkseinkommens für das Jahr 1948 zu kommen. Die weitere Fortschreibung wird etwas weniger problematisch sein, weil man tiefgehende Änderungen der Struktur und damit der Nettoquoten in kürzeren Zeiträumen nicht zu erwarten braucht. Die Fortschreibung kann nach und nach durch die Berechnung aufgrund der Repräsentativerhebung abgelöst werden, wird aber als Kontrolle der berechneten Ergebnisse auch weiterhin ihren Wert behalten.

Auszug aus Wirtschaft und Statistik

© Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2010

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

Herausgeber: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden

Schriftleitung: Roderich Egeler
Präsident des Statistischen Bundesamtes
Verantwortlich für den Inhalt:
Brigitte Reimann,
65180 Wiesbaden
Telefon: +49 (0) 6 11/75 2086

Internet: www.destatis.de

Ihr Kontakt zu uns: www.destatis.de/kontakt

Statistischer Informationsservice
Telefon: +49 (0) 6 11/75 24 05
Telefax: +49 (0) 6 11/75 33 30

Vertriebspartner: SFG Servicecenter Fachverlage
Part of the Elsevier Group
Postfach 43 43
D-72774 Reutlingen
Telefon: +49 (0) 70 71/93 53 50
Telefax: +49 (0) 70 71/93 53 35
destatis@s-f-g.com
www.destatis.de/publikationen

Erscheinungsfolge: monatlich